



## 85. (Sonder-)sitzung – Neudruck

Düsseldorf, Dienstag, 24. März 2020

<b>Mitteilungen des Präsidenten</b> .....	3	Arne Moritz (CDU).....	26
		Monika Düker (GRÜNE) .....	27
		Ralf Witzel (FDP) .....	29
<b>1 Mit Entschlossenheit und Solidarität – Nordrhein-Westfalen gemeinsam gegen die Corona-Pandemie</b>		Markus Wagner (AfD) .....	31
		Stefan Zimkeit (SPD) .....	33
Unterrichtung durch die Landesregierung .....	3	Ergebnis.....	34
Ministerpräsident Armin Laschet .....	3		
Thomas Kutschaty (SPD) .....	9	<b>3 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Nachtragshaushalts- gesetz 2020 – NHHG 2020)</b>	
Bodo Löttgen (CDU) .....	13	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/8881	
Monika Düker (GRÜNE) .....	15	Beschlussempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses – mündlicher Bericht des Vorsitzenden – zweite Lesung	
Christof Rasche (FDP) .....	18	und dritte Lesung	
Dr. Martin Vincentz (AfD).....	20	Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/8888	
<b>2 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Nachtragshaushalts- gesetz 2020 – NHHG 2020)</b>		<u>in Verbindung mit:</u>	
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/8881		<b>Gesetz zur Errichtung eines Sonder- vermögens zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise (NRW- Rettungsschirmgesetz)</b>	
erste Lesung .....	23	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/8882	
<u>In Verbindung mit:</u>		erste Lesung .....	23
<b>Gesetz zur Errichtung eines Sonder- vermögens zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise (NRW- Rettungsschirmgesetz)</b>		Minister Lutz Lienenkämper .....	23
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/8882		Michael Hübner (SPD).....	25
erste Lesung .....	23		

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
– mündlicher Bericht des Vorsitzenden –

zweite Lesung

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD

Drucksache 17/8889..... 34

Martin Börschel (SPD)..... 34

Ergebnis ..... 36

## Beginn: 10:01 Uhr

**Präsident André Kuper:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiÙe Sie herzlich zu unserer heutigen, 85. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen willkommen. Mein GruÙ gilt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien sowie den Zuschauerinnen und Zuschauern an den Bildschirmen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie nahezu alle Länder der Erde ist auch unser Land in diesen Tagen und Wochen besonders gefordert. Unsere Demokratie ist keine Schönwetter-Demokratie. Wenn es darauf ankommt, zeigt sie ihre Stärke. Und jetzt kommt es darauf an.

Jede einzelne Bürgerin, jeder einzelne Bürger ist gefordert – mit Blick auf ihre bzw. seine eigene Verantwortung für die Gesundheit, mit Blick auf Fürsorge und Weitsicht für die Mitmenschen.

Wir erleben durch die Coronakrise nie dagewesene Einschränkungen: die SchlieÙung von Grenzen in Europa, die Beschränkung der Reise- und der Versammlungsfreiheit, das SchlieÙen von Kitas, Schulen und Universitäten, den Stillstand groÙer Teile der Wirtschaft.

Unsere errungenen Freiheiten müssen wir aktuell zeitlich begrenzt aussetzen. Aber wir sind entschlossen, unsere Freiheit und den europäischen Gedanken nach dieser Krise wieder neu und beherzt aufzunehmen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dafür, dass dies geschieht, dass wir die Freiheit zurucklerlangen, stehen wir in den Parlamenten und in den demokratischen Parteien ein.

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Ich möchte mich bei den Fraktionen dieses Parlaments dafür bedanken, dass sie durch ihr verlässliches Handeln und Denken ihrer Verantwortung in dieser Stunde gerecht werden.

Wir haben uns in einer sachlichen und zielführenden Weise Ende der vergangenen Woche mit dem Ministerpräsidenten Armin Laschet auf die heutige Plenarsitzung und ihren Ablauf geeinigt.

Wir werden heute einen Nachtragshaushalt verabschieden. So etwas ist nicht selbstverständlich. Die Fraktionen haben bewiesen: Jetzt geht es nicht um das Durchsetzen von Einzelinteressen; in dieser globalen Krise stehen wir zusammen, tragen Verantwortung für unser Land Nordrhein-Westfalen und handeln gemeinsam.

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Darin zeigt sich nicht nur die Stärke einer Demokratie, sondern auch die Stärke, die Gewissenspflicht von uns allen. Wir sind dem Leben und dem Wohle aller verpflichtet. Eine Demokratie auf dem Prüfstand weist über Partei- und Fraktionsdenken hinaus.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen einen zielführenden, geordneten Verlauf unserer heutigen Sitzung. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Mit Schreiben des Ministerpräsidenten vom 22. März 2020 hat die Landesregierung im Einvernehmen mit den Fraktionen im Landtag die heutige Sondersitzung des Landtags gemaÙ Art. 38 Abs. 4 der Landesverfassung beantragt.

Damit rufe ich auf:

### **1 Mit Entschlossenheit und Solidarität – Nordrhein-Westfalen gemeinsam gegen die Corona-Pandemie**

Unterrichtung  
durch die Landesregierung

Der Chef der Staatskanzlei hat mit Schreiben vom 20. März 2020 mitgeteilt, dass die Landesregierung beabsichtigt, den Landtag zu diesem Thema zu unterrichten.

Die Unterrichtung durch die Landesregierung erfolgt durch Herrn Ministerpräsidenten Armin Laschet. Ich erteile daher nun Herrn Ministerpräsidenten Laschet das Wort.

**Armin Laschet, Ministerpräsident:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unser Land Nordrhein-Westfalen erlebt momentan die schwerste Bewährungsprobe in seiner Geschichte. Wir haben es mit einem Gegner zu tun, der so unheilvoll wie unsichtbar ist. Die Ausbreitung des Virus COVID-19 ist dynamisch, und die Auswirkungen für die Betroffenen sind dramatisch.

Der Blick zu unseren Freunden nach Italien zeigt unermessliche Tragödien. Sie führen uns schmerzlich vor Augen: Es geht um Leben und Tod.

Worauf kommt es jetzt an? Drei Ziele leiten uns:

Erstens. Wir müssen die Ausbreitung des Virus verlangsamen. Nur dann haben wir eine Chance, die Pandemie zu bewältigen.

Zweitens. Wir müssen unser Gesundheitssystem binnen Wochen massiv ausbauen, auch wenn es weltweit eines der besten und leistungsfähigsten ist. Nur dann werden wir so viele Menschenleben wie möglich retten können.

Drittens. Wir müssen die Folgen der Pandemie für unser Land, für unsere Wirtschaft und für jeden Einzelnen jetzt schon abfedern. Nur dann haben wir eine Chance, dass Arbeitsplätze und unser sozialer Zusammenhalt auch nach der Krise noch da sind und wir dann wieder eine funktionierende Wirtschaft haben.

Gemeinsam kämpfen wir um jedes Leben. Dieser Kampf ist aber vor allem ein Kampf gegen die Zeit. Den ersten bestätigten Fall in Nordrhein-Westfalen gab es am 25. Februar, also vor exakt vier Wochen. Mit Stand heute Vormittag haben wir in Nordrhein-Westfalen 8.224 Infizierte und 40 Tote zu beklagen.

Der sprunghafte Anstieg der Zahl der Infektionen hat uns zu radikalen Maßnahmen gezwungen – binnen Tagen und Stunden. Unser Leben und unser Alltag haben sich radikal verändert. Noch vor zehn Tagen haben sich viele zur Begrüßung die Hand gegeben, haben sich Freunde zur Begrüßung umarmt. Heute macht das keiner mehr.

Seitdem hält jeder Tag neue Herausforderungen für uns bereit. Jeden Tag analysieren und entscheiden wir, welche Antwort die beste ist.

Jeden Tag lernen wir auch dazu. Dabei sind wir im engen Austausch mit dem Robert Koch-Institut und weiteren Experten und Virologen. Dieser Austausch ist für uns handlungsleitend. Die Wissenschaft sagt ganz klar: Wenn wir es jetzt schaffen, den sprunghafte Anstieg zu verhindern, dann retten und schützen wir Leben – in zwei, in drei, in vier und in fünf Wochen.

Für uns gilt dabei nicht die Losung: Was sind die härtesten Maßnahmen, die wir ergreifen können? – Für uns stellt sich die Frage: Was sind die besten Maßnahmen, um die Menschen wirksam zu schützen?

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt  
Beifall von den GRÜNEN)

Unsere schlagkräftigste Maßnahme ist die maximale Reduzierung von sozialen Kontakten. Hierzu haben wir in den letzten Wochen bereits viele tief greifende Regelungen beschlossen. Wir haben vor etwas mehr als zwei Wochen – länger ist das noch nicht her – Veranstaltungen mit über 1.000 Teilnehmern untersagt und auch zur Absage kleinerer Versammlungen geraten. Das stieß damals auf Unverständnis: Bundesliga ohne Zuschauer? Geisterspiele wie Mönchengladbach gegen Köln und Dortmund gegen Schalke? – Das war damals, vor gut zwei Wochen, die Debatte.

Für viele klang das nach einer harten, gar überharten Entscheidung, und manche fragten: Ist das denn nötig? Ist das nicht übertrieben? – Es war angemessen, und es war zwingend.

In der gleichen Woche, am Morgen nach der Ministerpräsidentenkonferenz am 12. März, haben wir die

Schließung von Schulen und Kitas sowie die Verschiebung des Semesterstarts der Hochschulen beschlossen.

Zwei Tage später haben wir als eines der ersten Bundesländer Einschränkungen für Freizeitaktivitäten sowie für Handel, Gastronomie und Hotellerie beschlossen, die anschließend auch vom Bund und den anderen Ländern übernommen wurden.

Die Entscheidungen für all diese Einschränkungen waren nicht einfach. Wir haben ganz erheblich Grundrechte eingeschränkt: Versammlungsfreiheit, freie Berufsausübung, Gewerbefreiheit, Schulpflicht.

Auch die Religionsausübung ist jetzt beschränkt. Mir war hierbei übrigens wichtig, dass nicht, wie anderswo umgesetzt oder vorgeschlagen, der Staat Gottesdienste verbietet. Wir haben einen anderen Weg gewählt und einen Konsens erreicht. Es gab eine Selbsterklärung der christlichen Kirchen, der katholischen und der evangelischen, sowie der jüdischen und muslimischen Gemeinden, dass sie solche Veranstaltungen durchführen. Wir haben dies zur Kenntnis genommen. Das ist ein entscheidender Unterschied. Ich finde, bevor ein Staat Synagogen und Kirchen schließt, sollte er zehnmal nachdenken. Diese Selbstverpflichtung ist der richtigere Weg.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Der liberale Rechtsstaat muss in der Krise schnell handeln. Aber er muss sich auch die Zeit zum Nachdenken und zum Abwägen eines jeden Eingriffs nehmen. Auch in der größten Krise gilt die Verfassung.

Das am letzten Sonntag mit dem Bund und den Ländern auf unsere Initiative hin beschlossene Kontaktverbot geht nun noch einen Schritt weiter. Unserer Meinung nach ist es verhältnismäßiger, zielgerichteter und vor allem besser zu vollziehen als eine Ausgangssperre. Es geht um die Vermeidung von Kontakten, körperlichem Kontakt zu anderen Menschen, um massenhaft weitere Infektionen so weit wie nur irgend möglich zu verhindern.

Nicht das Verlassen der eigenen Wohnung ist die Gefahr, sondern der enge, unmittelbare Kontakt. Man soll seine Wohnung verlassen. Man soll an die frische Luft gehen. Man soll, wenn man eine Zwei- oder Dreizimmerwohnung hat und dort mit mehreren Kindern lebt, auch die Möglichkeit haben, hinauszu-gehen. Das Gefährliche ist der Kontakt. Deshalb haben wir und zwölf andere Länder diesen Vorschlag gemacht, der am letzten Sonntag als Kontaktverbot einen Konsens gefunden hat.

Mit dem Begriff „Kontaktverbot“ ist – darauf möchte ich an dieser Stelle noch einmal hinweisen – nicht der soziale Kontakt gemeint, sondern der körperliche. Man soll im sozialen Kontakt bleiben und ihn vielleicht sogar noch ausdehnen. Wir Menschen sind es nicht gewohnt, so voneinander abgegrenzt zu leben

oder auch so abgegrenzt zu sitzen, wie wir das heute hier tun. Das ist etwas Ungewöhnliches. Wir brauchen einander.

Deshalb müssen wir jetzt die sozialen Kontakte erhöhen und einen Kampf gegen Einsamkeit und Ängste führen. Lassen Sie uns im besten Sinne gemeinsam alleine sein. Rufen Sie einander an. Schicken Sie Sprachnachrichten. Trinken Sie Kaffee in der Videoschleife. Es ist herzerbrechend, wenn Kinder ihre Großeltern nicht besuchen oder Väter bei der Geburt ihrer Kinder nicht der Mutter beistehen können. Deshalb müssen wir in diesen Zeiten durch viel sozialen Einsatz und Empathie kontaktfreudig sein – ohne körperlichen Kontakt. Das ist die Aufgabe, vor der wir jetzt stehen.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Mit dem Kontaktverbot werden wir die Vernünftigen weder überwachen noch einsperren. Aber wir können die Unvernünftigen bestrafen. Wir werden diese Maßnahmen streng kontrollieren und Verstöße hart ahnden. Mit unserem Bußgeldkatalog schaffen wir Klarheit für jeden.

Ich danke all denen, die sich schon heute an die Maßnahmen und Einschränkungen halten. Wer durch unsere Städte geht, sieht: Die Menschen haben auch ohne Verbote des Staates verstanden, wozu es geht. – Die wenigen, die das nicht verstanden haben, werden in den nächsten Tagen aber die Sanktionen spüren. Anders, ohne diese Freiwilligkeit, würde unsere freiheitliche Demokratie auch nicht funktionieren.

Ich will noch einmal deutlich sagen: Alle diese Menschen zeigen damit große Solidarität.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP, den GRÜNEN und Markus Wagner [AfD])

Besonders deutlich konnte man das spüren, als die Kitas und Schulen geschlossen wurden. Eltern hatten sich schon am ersten und zweiten Tag darauf eingestellt. Es kam kaum zu größeren Konflikten. Alle wussten, worauf es jetzt ankommt. Und bei 2,5 Millionen Schülern und Kita-Kindern ist es schon eine Riesenleistung, dass so etwas, was am Wochenende verkündet wird, dann auch so schnell bei den Eltern ankommt und entsprechend umgesetzt wird.

Es gibt ein riesiges ehrenamtliches Engagement zur Unterstützung von Risikogruppen. Dabei geht es darum, Einkäufe zu tätigen, oder einfach nur anzurufen, um Einsamkeit zu nehmen. Dieser Zusammenhalt, auch zwischen den Generationen, in den Nachbarschaften zwischen zuvor einander Unbekannten schafft auf einmal Herzlichkeit, wo vorher Distanz war.

Wir dürfen jetzt nicht nachlassen. Es kann bis zu zwei Wochen dauern, bis wir erste Erfolge sehen. So sind

die medizinischen Inkubationszeiten. Man kann nicht heute etwas beschließen und davon ausgehen, dass es schon morgen wirkt. Zwei Wochen sind eine Perspektive; dann sehen wir klarer. Umso wichtiger ist es, dass wir jetzt die Regeln einhalten.

Zweitens geht es darum, das Gesundheitssystem vorzubereiten. Wir müssen diese Zeit gewinnen, um unser zweites Ziel erreichen zu können – nämlich, unser Gesundheitssystem für den kritischen Zeitpunkt X, der irgendwann kommt, bestmöglich vorbereitet zu haben.

Jetzt gilt es, alle verfügbaren Ressourcen zu mobilisieren. Daran arbeiten wir als Landesregierung auf allen Ebenen.

Wir beschleunigen Prozesse und reduzieren Bürokratie, wo es nur geht. Karl-Josef Laumann hat dazu mit den Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen klare Vereinbarungen getroffen, um die Dokumentationspflichten auf das Nötigste zu beschränken.

Bis die zusätzlichen Mittel des Bundes bei unseren Krankenhäusern eintreffen, schaffen wir Liquidität, indem wir in den nächsten Tagen den Krankenhäusern die jährlichen Pauschalen, die sie als Teilzahlungen bekommen, als Einmalzahlung überweisen. Das ist schnelle und unbürokratische Hilfe.

Wir mobilisieren Personal für die kritische Infrastruktur, indem wir die Notbetreuung an Schulen und Kindertageseinrichtungen auf mehr Berufstätige der kritischen Infrastruktur sowie auf das Wochenende und auch die Osterferien ausweiten. Ich danke den Erzieherinnen und Erziehern und den Lehrerinnen und Lehrern, die das ermöglichen.

Wir mobilisieren Personal für die Gesundheitsämter in den Kommunen und ermöglichen den dortigen Einsatz von Bediensteten der Landesregierung und ihrer nachgeordneten Behörden, die jetzt in die Gesundheitsämter vor Ort entsandt werden.

Wir mobilisieren auch die Potenziale der nordrhein-westfälischen Wirtschaft bei der Versorgung mit Schutzmaterialien. Zahlreiche Unternehmen kommen uns dabei bereits entgegen. Viele stellen ihre Produktion um – genau auf den Zweck, auf den es jetzt ankommt.

Ich denke beispielsweise an die Klosterfrau Healthcare Group, den Hersteller von Klosterfrau Melissengeist. Dieses fast 200 Jahre alte Unternehmen mit Stammsitz in Köln hat uns angeboten, seine Produktion umzustellen und bereits in der nächsten Woche 150.000 Flaschen Handdesinfektionsmittel zu spenden.

(Beifall von allen Fraktionen)

Insgesamt will Klosterfrau in der Krise 500.000 Flaschen spenden. Das sind 100.000 Liter Desinfektionsmittel.

Wir werden sicherstellen, dass die Mittel dort ankommen, wo sie am meisten gebraucht werden: bei Ärzten und Helfern in der Fläche. Die Unikliniken haben natürlich diese Materialien. Aber nicht jeder in der Fläche, im ländlichen Raum, verfügt gleichermaßen darüber. Deshalb ist das unser Schwerpunkt.

Wir haben als Landesregierung – ganz besonders der zuständige Minister Karl-Josef Laumann – in den vergangenen Wochen auch Maßnahmen ergriffen, um die Infrastruktur unserer Krankenhäuser auszubauen. Die Bettenkapazität in den Krankenhäusern wird ständig erhöht, indem zum Beispiel nicht dringend nötige Operationen verschoben werden, nicht genutzte Krankenhäuser reaktiviert werden und auch Rehakliniken in diesen Prozess einbezogen werden.

Gesundheitsministerium und Innenministerium haben das landesweit eingesetzte IT-Verfahren „Informationssystem Gefahrenabwehr NRW“ ausgebaut. Nun werden darüber auch die Anzahl der Coronapatienten sowie die Anzahl der davon intensivmedizinisch betreuten Patienten erfasst.

Mit dem Abschluss der Aufbauphase noch in dieser Woche werden wir in Nordrhein-Westfalen über ein System verfügen, das uns in Echtzeit einen Überblick über freie Kapazitäten jeder Einrichtung und jedes einzelnen Bettes gibt. So etwas existiert zurzeit nicht. Wir haben das unter Hochdruck vorangetrieben. Am Ende dieser Woche werden wir genau wissen, wo es eng ist und wo es noch Raum gibt, damit auch Patienten von einem Ort zum anderen gebracht werden können.

Am 29. März, also in wenigen Tagen, startet auf Veranlassung des Gesundheitsministeriums eine Vorstufe zum virtuellen Krankenhaus in Nordrhein-Westfalen, fokussiert auf die Bereiche Intensivmedizin und Infektiologie. Die Universitätsklinik Aachen und Münster stellen kurzfristig Ressourcen dafür bereit, Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung zu unterstützen.

Mit dieser Maßnahme holen wir universitäres Fachwissen gerade in dieser Krisensituation in die Fläche, um eine bestmögliche Behandlung von schwerstkranken COVID-19-Patienten überall in Nordrhein-Westfalen sicherzustellen.

Ich habe am Wochenende die Professoren getroffen, die das in Aachen machen. Sie sind mit ihrer gesamten Region eingespielt. Dann werden kleinere Krankenhäuser zugeschaltet, und Patienten können mit der Betreuung aus der Universität auch vor Ort optimal versorgt werden. Das Gleiche gibt es in Münster. Das war schon auf dem Weg. Wir haben es aber noch einmal beschleunigt, damit es in dieser Krise wirken kann.

Wir lassen die Kreise und Städte nicht allein. Wir beschaffen zentral medizinisches Material und kümmern uns um die bedarfsgerechte Verteilung.

Wir haben kurzfristig aus dem jetzigen Haushalt 150 Millionen Euro für den Ausbau der Krankenhäuser und mehr Schutzkleidung mobilisiert.

Jedes neue Intensivbett wird jetzt vom Bund mit 50.000 Euro Bonus gefördert. Das Land zahlt zunächst pauschal 50.000 Euro für jeden neuen Beatmungsplatz, den Kliniken einrichten.

Darüber hinaus haben wir in großer Menge, in Millionenzahl, medizinische Schutzmasken gekauft. Wir bekommen sie nur mühsam. Denn es ist ein Kampf, den der Bund führt, den wir führen. Auf den Weltmärkten ist ein ungeheurer Wettbewerb mit allen möglichen Geldern ausgebrochen, um jede einzelne Schutzmaske irgendwo zu aktivieren. Am vergangenen Freitag sind die ersten 130.000 eingetroffen. Weitere kommen in dieser Woche. Sie werden dann vom Deutschen Roten Kreuz und anderen Institutionen direkt in die Krankenhäuser gefahren.

Das MAGS unternimmt darüber hinaus – nicht nur mit Blick auf den Kreis Heinsberg – seit Wochen alle Anstrengungen, um kurzfristig weitere Schutzausrüstung zu beschaffen. Es ist bisher in großer gemeinschaftlicher Anstrengung gelungen, die Versorgung aufrechtzuerhalten. Diejenigen, die vor Ort sind, sagen aber: Soundso viele Tage haben wir noch. – Sie sehen immer schon das Ende dieser Kette. Die Mitarbeiter von Karl-Josef Laumann und er selbst sind oft Tag und Nacht bemüht, die Kontakte weltweit herzustellen und dafür zu sorgen, dass die Materialien kommen.

Ich möchte das einmal mit Zahlen verdeutlichen. Allein in dieser einen Woche hat das Ministerium 30.000 Schutzmasken, 2.000 Schutzkittel und 10.000 Einheiten Desinfektionsmittel an den Kreis Heinsberg geliefert. Jeder weiß, wie lange das reicht; jeder weiß, dass es Woche für Woche in gleicher Intensität geliefert werden muss.

Mein ganz herzlicher Dank und mein größer Respekt gelten allen, die die Daseinsvorsorge aufrechterhalten. Das sind die unzähligen Krankenschwestern und -pfleger, Ärztinnen und Ärzte, Angehörigen von Rettungs- und Hilfsdiensten, Apothekerinnen und Apotheker, aber auch Verkäuferinnen und Verkäufer im Lebensmitteleinzelhandel und in Drogerien sowie Bediensteten der Polizei und der Feuerwehr. Sie arbeiten jetzt schon über ihre Grenzen hinaus und nehmen auch persönliche Risiken für ihre eigene Gesundheit in Kauf. Aber sie sorgen für die Gesundheit und die Sicherheit der Versorgung in unserem Land.

Diesen Einsatz kann man nicht hoch genug schätzen. Es gibt eine schöne Initiative in den Städten. Immer um 21 Uhr klatschen Bürgerinnen und Bürger abends, um mit diesem Beifall auch nach außen zu zeigen, welchen Respekt sie vor diesen Menschen haben. Deshalb sollten auch wir als Landtag ihnen Beifall schenken.

(Anhaltender Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank – Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Auch möchte ich in diesen Tagen – das sollte man von hier unten nicht allzu oft tun, weil es da eine saubere Trennung gibt – den Journalistinnen und Journalisten danken, die mit großer Sorgfalt unsere Mitbürger über das aktuelle Geschehen informieren. Wir haben in unserer Liste Journalisten auch zur kritischen Infrastruktur gezählt. Qualitätsjournalismus ist in Zeiten von Fake News gerade jetzt wichtig.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP, den GRÜNEN, Roger Beckamp [AfD] und Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration)

Als Landesregierung informieren wir die Bürger auf allen Kanälen. Es gibt ein Coronavirus-Bürgertelefon und eine zentrale Homepage. Jeden Tag werden Hunderttausende von Anrufen – wirklich Hunderttausende – durch die Mitarbeiter des Servicecenters beantwortet. Das zeigt die große Nachfrage nach seriösen Informationen.

Nun komme ich zu dem dritten, letzten und zu diesem Zeitpunkt auch wichtigsten Ziel. Wenn es uns gelingt, die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen und den Ausbau unseres Gesundheitssystems zu beschleunigen, haben wir sehr, sehr viel geschafft. Mir ist aber wichtig, dass wir schon heute gleichzeitig den Blick auf die Zeit nach der Krise richten, den Weg aus der Krise in den Blick nehmen.

Die Coronapandemie hat massive wirtschaftliche Folgen für unser Land und für jeden Einzelnen. Es geht um weggebrochene Umsätze, unterbrochene Lieferketten, abgesagte Veranstaltungen, ausbleibende Zahlungen. Das ist eine vielfache Dimension der damaligen Weltfinanzkrise 2008; denn jeder Einzelne ist davon betroffen.

Die Situation ist für viele – vom Freiberufler über den Gastronomen, das kleine Unternehmen und die mittelständigen Zulieferer bis hin zum Großkonzern – existenzbedrohend. Unternehmen, Mittelständler, Handwerker, die vor einem Monat noch bestens dastanden, tolle Quartalszahlen hatten, gute Jahresberichte 2019 abliefern konnten und kerngesund waren, sehen jetzt ihre Existenz bedroht und schauen mit Angst in die Zukunft.

Es wäre fatal, einfach zu behaupten, dass das ohne größere Schäden an uns vorübergehen würde. Wir haben eine solche Situation noch nie erlebt. Deshalb sage ich mit großer Deutlichkeit: Wir stehen am Beginn einer großen wirtschaftlichen, wahrscheinlich weltweiten Krise.

Umso entscheidender ist, dass wir als Landesregierung und als Parlament, alle Fraktionen, mit aller Kraft alles tun, um diese negativen Auswirkungen zu

minimieren. Wir müssen es schaffen, diesen Krisenmodus so schnell wie möglich wieder zu verlassen. Wenn uns die Mediziner das erste Signal geben: „Ja, die Kurve ist abgeflacht; ja, wir können es schaffen“, müssen wir direkt an die Arbeit gehen und damit beginnen, das öffentliche Leben langsam wieder hochzufahren. Jeder Tag, an dem unsere Wirtschaft stillsteht, an dem unsere Menschen nicht arbeiten können, gefährdet Existenzen. Insofern muss der Kollaps der Volkswirtschaft verhindert werden.

In Nordrhein-Westfalen hat das Zusammenwirken von Arbeitgebern und Gewerkschaften, von Industrie, Handwerk, Handel und Banken, von großen und kleinen Unternehmen Tradition.

Deshalb haben Herr Wirtschaftsminister Pinkwart, Herr Finanzminister Lienenkämper, Herr Arbeitsminister Laumann und ich am vergangenen Donnerstag per Videoschleife alle an einen Tisch geholt. Die Spitzen der Wirtschaft und der Gewerkschaften haben uns noch einmal an sehr vielen Beispielen auch das Ausmaß dieser Krise geschildert, und gemeinsam haben wir beraten, was wir als Politik tun können, damit unser wirtschaftliches und soziales Leben diese Krise überlebt. Das ist nicht automatisch so.

Deshalb müssen wir unbürokratisch und wirksam helfen. Daher gibt es diesen Rettungsschirm, den wir nachher beraten werden: 25 Milliarden Euro, historische Ausmaße für ein Sondervermögen in dieser Zeit. Hunderttausende von Mittelständlern, Kleinunternehmen, auch Start-ups werden jetzt für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Sicherheit bekommen.

Dazu stellen wir zusammen mit der NRW.BANK eine Vielzahl von Instrumenten für unsere Unternehmen bereit. Unsere Finanzverwaltung kommt von der Krise betroffenen Unternehmen mit zinslosen Steuererstattungen und der Herabsetzung von Vorauszahlungen, die ja gerade in diesen Tagen fällig werden, entgegen. Zudem setzen wir Sondervorauszahlungen für Dauerfristverlängerungen bei der Umsatzsteuer für krisenbetroffene Unternehmen auf null. So schaffen wir sofort 4 Milliarden Euro Liquidität für die Unternehmen.

Es geht bei dem Paket um die Bewältigung aller direkten und indirekten Folgen der Coronakrise. Deshalb haben wir es bewusst breit aufgestellt. Dazu beschließen wir heute einen Nachtragshaushalt 2020.

Ich danke allen Fraktionen auch im Namen der Landesregierung noch einmal, dass die Verabschiedung des Nachtragshaushalts so schnell, so unbürokratisch mit erster, zweiter und dritter Lesung sowie der Fachberatung an einem Tag möglich ist.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das zeigt, so sehr wir hier oft streiten: Wenn Krise ist, stehen Demokraten zusammen. Vielen Dank an die Opposition.

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Das ist ein Novum.

Und ein Teil dessen, was wir gleich beschließen, ist abgepasst mit dem, was der Bund morgen verabschieden wird. Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat haben schon vor zwei Wochen im Eilverfahren wichtige Schritte beschlossen. Dazu gehört der Schutzschild für Beschäftigte, Kurzarbeitergeld, steuerliche Liquiditätshilfe für Unternehmen und ihre unbegrenzten Kredite. Gestern, am Montag, hat das Bundeskabinett Milliardenhilfen für Kleinunternehmer und Selbstständige beschlossen. Der Bundestag berät noch in dieser Woche abschließend.

Die Landesregierung begrüßt diese schnellen Maßnahmen, um Kleinunternehmen durch direkte Zuschüsse in Höhe von 9.000 Euro bis fünf Mitarbeiter und 15.000 Euro bis zehn Mitarbeiter zu unterstützen.

Da wir abgewartet haben, was genau der Bund macht, schlagen wir zusätzlich ein Sonderprogramm des Landes vor, das beinhaltet, dass den Unternehmen mit 10 bis 50 Beschäftigte, die von den Bundesmaßnahmen nicht erfasst sind, ein Zuschuss in Höhe von 25.000 Euro gezahlt wird.

Damit haben Bund und Länder für Unternehmen mit bis zu fünf Mitarbeitern bzw. mit bis zu zehn Mitarbeitern finanzielle Hilfen bereitgestellt, und durch das Landesprogramm werden Unternehmen mit bis zu 50 Mitarbeiter unterstützt, um genau die Lücke, die bei der Bundesförderung entstanden ist, zu schließen. Denen helfen keine Kredite, denen helfen nur Direktzahlungen, und die sind hiermit garantiert.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt  
Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Beifall von Roger Beckamp [AfD])

Das Ganze läuft über die Bezirksregierungen. Es gibt ein Formular für Bundes- und Landeshilfen, damit das auch unbürokratisch und schnell bearbeitet werden kann. Das Ganze erfolgt in Zusammenarbeit mit der Kreditanstalt für Wiederaufbau und den Banken aus Nordrhein-Westfalen. Die Banken selbst müssen jetzt befähigt werden, ihre freien Liquiditätsreserven zur Kreditvergabe an Unternehmen auch nutzen zu dürfen, denn sie unterliegen bankenregulatorischen Vorgaben. Insofern brauchen wir eine Nachbesserung, damit sie in der Krise jetzt schnell reagieren können.

Die Auswirkungen für unsere Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen können wir als Bürger selbst gestalten. Wir können Lebensmittel weiterhin beim Bäcker, beim Metzger, beim Gemüsehändler vor Ort kaufen. Wir können Lieferdienste der Händler, die angeboten werden, ebenso nutzen wie zum Beispiel die Mitnahmeangebote der Gastronomen. Wir können bestimmte Anschaffungen und Käufe zurückstellen, bis

die Krise beendet ist. Es hilft niemandem, wenn jetzt jeder alles online bestellt,

(Beifall von Daniel Sieveke [CDU])

was er jetzt haben will, und am Ende der Einzelhandel nicht mehr existiert.

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Was jetzt nicht nötig ist, kann man auch zurückstellen. Wir werden sehen, wozu unsere Wirtschaft fähig ist.

Das Letzte: Die Europäische Kommission, die das alles begleiten muss, hat wichtige Beschlüsse gefasst. Wir dürfen jetzt als Mitgliedsstaaten Unternehmen in größerem Umfang unter die Arme greifen. Das ist normalerweise beihilferechtlich extrem kompliziert. Seit Freitag sind Regeln in Kraft, die bis zu 90 % Liquiditätsdeckung in der Bürgschaft möglich machen. Es gibt mehr Flexibilität in der europäischen Fiskalpolitik. Die Europäische Kommission nennt das den sogenannten Befristeten Rahmen. Dieser soll bis zum Dezember 2020 gelten, und wenn nötig, wird er auch verlängert.

Auch die Europäische Zentralbank tut alles, um die europäische Wirtschafts- und Finanzordnung zu stabilisieren. Sie wird unter anderem ein Pandemie-Notkaufprogramm für Anleihen der Privatwirtschaft und der öffentlichen Hand mit einem Gesamtvolumen von 750 Milliarden Euro auflegen.

Wir wollen auch diesen europäischen Geist erhalten. Wir erleben zu viele, die jetzt plötzlich nur nationalstaatliche Lösungen und nicht europäisch-solidarische Lösungen im Blick haben.

Ich habe mit dem niederländischen Ministerpräsidenten Marc Rutte und der belgischen Premierministerin, Sophie Wilmès, verabredet, dass wir eine „Cross-Border Task Force Corona“ gründen. Diese arbeitet seit dem letzten Freitag, tauscht jede Information aus und geht allen Fragen nach, die sich damit befassen, wie die Maßnahmen in den beteiligten Ländern aussehen und wie sich die drei Beteiligten abstimmen können. Wie können wir helfen, wenn es erforderlich ist?

Wir müssen diesen Schulterschluss suchen, weil unser Gesundheitssystem vernetzt ist. Sowohl Arbeitnehmer als auch das Wissen aus der Forschung überqueren täglich unsere Grenzen, gerade zu Belgien und den Niederlanden. Wir haben Wertschöpfungsketten, Lebensmitteltransporte, Arzneimitteltransporte. Diesseits und jenseits der Grenze leben und arbeiten Menschen grenzüberschreitend.

Deshalb tun wir alles, so schwierig das ist, diese offenen Grenzen bei uns zu erhalten. Sie sind auch noch offen, auch wenn Belgien derzeit beispielsweise noch Kontrollen durchführt. Sie erklären uns das so: Sie kontrollieren, ob die Ausgangssperre, die

in Belgien gilt, auch umgesetzt wird. Sie kontrollieren auch an der Grenze, sie machen aber keine Grenzkontrollen. Die Bürger unterscheiden das nicht. Ich bin gestern selber dorthin gefahren, um zu sehen, ob die Grenzen geöffnet sind: Sie sind stundenweise offen, aber es gibt auch Zeiten, in denen einige Kontrollen durchgeführt werden – wie überall im Binnenland ebenfalls. Es ist mühsam, dieses grenzenlose Europa zu erhalten, aber wir tun alles, damit das jedenfalls bei uns so bleibt.

(Beifall von der CDU, der FDP und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Grenzenlose Solidarität, finde ich, brauchen wir in Europa auch gegenüber unseren Freunden in Italien. Deshalb habe ich gestern dem Botschafter Italiens angeboten, dass wir zunächst zehn Patienten aus der besonders betroffenen Region im Norden Italiens in Krankenhäusern bei uns aufnehmen. Die italienische Luftwaffe wird in den nächsten Tagen die Patienten verlegen. Das ist ein kleiner Tropfen, aber es soll Italien signalisieren: Ihr seid nicht allein. – Jedes Leben, das wir retten, ist es wert, dies zu tun.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN sowie von Roger Beckamp [AfD])

Wir dürfen uns nichts vormachen. Die Infektionszahlen werden weiter steigen, die Zahl der Toten wird weiter ansteigen, die Belastungen für jeden Einzelnen werden weiter zunehmen, die Einschränkungen werden andauern. Das ist das, was wir heute sagen können. Die Mediziner erklären uns, die Zahl der Infizierten sei wahrscheinlich sieben- bis zehnmal so hoch wie die veröffentlichten Zahlen, weil natürlich nicht jeder getestet wird.

Deshalb werden die nächsten Tage und Wochen zeigen, ob unsere Maßnahmen ausreichen. Wenn sich alle an die Regeln halten, können wir das schaffen. Dann schaffen wir es auch, dass nicht die Jungen gegen die Alten stehen, dass nicht Stadt und Land gegeneinander stehen, dass Einheimische und Zugezogene jetzt nicht wieder auseinanderdriften.

Ich danke dem Ministerium, dass die Informationen in allen Sprachen, die in Nordrhein-Westfalen gesprochen werden, auch an die Menschen mit einer anderen Muttersprache herangetragen werden.

Wir stehen zusammen. Vielen Dank allen, die daran mitwirken. Mein Wunsch ist: Bleiben Sie und Ihre Familien gesund. Glück auf und Gottes Segen für unser Land!

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP, den GRÜNEN, Roger Beckamp [AfD] und Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration)

**Präsident André Kuper:** Ich danke Herrn Ministerpräsident Laschet, eröffne nun die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion der SPD dem Abgeordneten Kutschaty das Wort.

**Thomas Kutschaty (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Coronavirus bedroht ganz viele Menschenleben, es bedroht aber auch die wirtschaftliche Existenz von Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, von Solo-Selbstständigen, von kleinen und mittleren Unternehmen, ja bis hin zu Dax-Konzernen.

Dieses Virus verändert auch unsere Gesellschaft und jede und jeden Einzelnen von uns. Corona erreicht alle Menschen und löst viele Ängste und Sorgen aus. Wir alle können uns davon, meine ich, persönlich gar nicht frei machen.

Ich kann im Augenblick meine Eltern nicht mehr besuchen, die nur wenige Hundert Meter von mir entfernt wohnen. Der 13. Geburtstag unserer Tochter fand gestern zum ersten Mal ohne die Großeltern und ohne Freundinnen statt. So wie mir geht es vielen Menschen, die in schwierigen Zeiten auf Verwandtschaftskontakte, die ihnen besonders am Herzen liegen, verzichten müssen. Das tut weh.

Aber, meine Damen und Herren, das ist nichts im Vergleich zu dem Leid, das Menschen gerade tragen müssen, die auf Intensivstationen um ihr Überleben kämpfen und sich um ihre erkrankten Angehörigen und Freunde sorgen oder sogar schon Tote beklagen mussten. Unsere Gedanken sind auch in dieser Stunde bei all diesen Menschen.

(Beifall von allen Fraktionen und Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration)

Weil das Leben von Menschen das höchste zu schützende Gut ist, sind wir bereit, unsere Volkswirtschaft ganz bewusst in eine konjunkturelle Krise zu führen. Jede Eindämmung der Virusverbreitung ist mit einer massiven Eindämmung des Konsums verbunden. Ein möglicher Erfolg bei der Pandemiebekämpfung wird also mit einem ökonomischen Absturz erkauft. Das aber, meine Damen und Herren, müssen wir in diesen Tagen in Kauf nehmen.

Wichtig ist jetzt allerdings, dass diese Nebenwirkungen des medizinisch Notwendigen nun mit stabilisierenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen tatsächlich flankiert werden; denn die soziale Lage in unserem Land spitzt sich weiter zu. Wer auf Kurzarbeit ist, verliert 40 % seines Einkommens. Da bleibt für die meisten, verdammt noch mal, wenig übrig.

Menschen am Rand ihres Existenzminimums fehlen teilweise Lebensmittel, weil die Tafeln nicht mehr so wie gewohnt arbeiten können. Sozialverbände stehen vor dem Kollaps, Freiberufler und Künstler vor dem Nichts, weil kein Konzert, keine Messe, keine

Reise, keine Fortbildungsveranstaltung, kein Event mehr stattfindet. Eine schwere Rezession lässt sich, glaube ich, nicht mehr vermeiden.

Aber wir können noch eine schwere Depression mit Massenarbeitslosigkeit, Pleitewellen, Zwangsversteigerungen und Privatinsolvenzen verhindern. Ja, das Wirtschaftswachstum wird auch wieder zurückkehren, wenn die Coronakrise vorbei ist, aber nur dann, wenn noch etwas da ist, was auch wachsen kann. Es geht heute um nicht weniger als die Zukunftsfähigkeit unserer Volkswirtschaft.

Was wir jetzt nicht haben, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist Zeit. Zu spät zu handeln, wäre weitaus schlimmer als vorschnell zu handeln. Wer zögert, versagt. Wer zu wenig tut, scheitert ebenfalls mit katastrophalen Folgen. Der Staat muss handeln – schnell, mutig und entschlossen.

Deshalb hat meine Fraktion auch einen Maßnahmenkatalog erarbeitet, den wir heute Morgen veröffentlicht haben. Dieser macht deutlich, wo aus unserer Sicht Hilfen geboten sind. Ich denke, vieles ist deckungsgleich mit dem, was gemeinsam an Ideen und Vorschlägen jetzt veröffentlicht wird. Lassen Sie uns die nächsten Wochen nutzen, um die bestmöglichen Maßnahmen gemeinsam auf den Weg zu bringen, was den Menschen in unserem Lande hilft, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Zusammen mit den Mitteln des Bundes und anderer Länder stehen nun weit mehr als 175 Milliarden Euro zur Bekämpfung der Krise zur Verfügung. Hinzu kommen noch die Kreditgarantien in ganz vielen Beträgen in Höhe von einer halben Billion Euro.

Angesichts dieser Summen muss uns allen aber auch bewusst sein, was die Stunde geschlagen hat. Diese Krise ist eine Bewährungsprobe für unsere Demokratie und für unsere Gesellschaft. Eine Regierung durch das Volk und für das Volk wäre bedeutungslos, wenn sie angesichts dieser Bedrohung unfähig wäre, Entscheidungen zum Wohle des ganzen Volkes zu treffen.

Dabei handelt es sich nicht nur um eine medizinische oder ökonomische Frage. Letztendlich ist es eine ethische, auch eine moralische Frage, die wir alle gemeinsam zu beantworten haben: Wer nämlich in einem Kampf für das Leben und gegen den Ruin bestimmt, wofür diese Milliarden ausgegeben werden, der bestimmt de facto auch die sozialen und menschlichen Prioritäten einer Gesellschaft.

Für wen geben wir das Geld aus? Für wen nicht und warum nicht? Was ist jetzt wichtig, und was ist vielleicht weniger wichtig? Es darf keinen Zweifel an den Prioritäten geben.

Wir retten kein Finanzsystem, keine Banken und keine Hegdefonds. Wir setzen das Geld ein, damit Menschen ihre Jobs behalten,

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

damit Solo-Selbstständige und Künstler überleben, mittelständische Unternehmen nicht pleitegehen und Mieterinnen und Mieter ihre Wohnungen behalten können.

Ganz oben auf der Prioritätenliste stehen indes unsere Eltern und Großeltern, unsere Freunde und Angehörigen mit Vorerkrankungen. Ihr Leben gilt es jetzt zu schützen. Das muss oberste Priorität haben.

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Deshalb müssen wir zuallererst die Finanzierung und die Arbeitsfähigkeit unserer Krankenhäuser sicherstellen. Die Anzahl der Intensivbetten mit Beatmungsgeräten muss deutlich erhöht werden. Eben ist schon gesagt worden, dass der Bund Mittel dafür zur Verfügung stellt. Meines Erachtens ist es gut und richtig, in dieser Sache gemeinsam an einem Strang zu ziehen.

Heute lesen wir aber in den Zeitungen, dass es in den Krankenhäusern und Arztpraxen, bei Rettungsdiensten und Pflegeheimen noch immer einen akuten Mangel an Desinfektionsmitteln, Schutzmasken und Schutzausrüstungen gibt. Ohne ausreichende Ausrüstung gibt es aber keinen ausreichenden Arbeitsschutz für die Beschäftigten. Die Gefahr einer Coronainfektion ist groß. Fallen aber Ärztinnen, Ärzte, Pflegerinnen und Pfleger aus, fehlt noch mehr Personal als ohnehin schon und die Versorgung von Patientinnen und Patientinnen würde noch schwieriger. Deswegen hat auch das jetzt oberste Priorität.

Ich halte es für – gestatten Sie mir diese Anmerkung – schon sehr bemerkenswert, dass ein Landrat die chinesische Regierung anschreibt und um Hilfsmaßnahmen bittet. Es ist gut, dass das offensichtlich funktioniert hat. Es ist jetzt aber meines Erachtens eine gemeinsame Anstrengung – auch der Landesregierung – nötig, um wirklich alle Kraft dort hineinstecken, damit nicht ein solcher Weg eines einzelnen Landrates gewählt werden muss und die Instrumente, Masken und Mittel nun ankommen, wo sie tatsächlich gebraucht werden. Das ist eine wichtige Aufgabe.

(Beifall von der SPD)

Was für unsere Krankenhäuser gilt, gilt natürlich ebenso für die Pflegeeinrichtungen. Es muss sichergestellt werden, dass auch dem Pflegepersonal in den Heimen, den Einrichtungen alle nötigen Schutzausrüstungen zur Verfügung gestellt werden, damit die Aufrechterhaltung der pflegerischen Versorgung auch zukünftig weiterhin gesichert ist.

Als wäre das noch nicht schlimm genug, trifft die Coronapandemie unsere Pflegeeinrichtungen natürlich auch in einer Zeit, in der ohnehin Personal und Arbeitskräfte in diesem Bereich sehr knapp sind. Das wird sich kurzfristig wenig ändern, aber es wäre meiner Meinung nach angebracht, in dieser Situation dem ohnehin überarbeiteten Personal vielleicht einmal Danke zu sagen – vielleicht auch mit einem Gehaltszuschuss. Das wäre vielleicht das Mindeste, was wir diesen Kräften an Anerkennung schuldig sind.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN, der AfD, Josef Hovenjürgen [CDU] und Christof Rasche [FDP])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Ministerpräsident hat versprochen, dass kein gesundes Unternehmen wegen wirtschaftlicher Einbußen an mangelnder Liquidität scheitern werde. Das war ein wichtiges Versprechen. Meine Fraktion wird alles tun, damit Sie dieses halten können, Herr Laschet. Wir erwarten aber auch, dass Sie alles tun, um es zu halten.

Berlin tut sich manchmal schwer, was wir bei der letzten Diskussion um die Frage, ob die sozialen Dienste unter den Rettungsschirm der Bundesregierung kommen können, mitbekommen konnten.

Meines Erachtens müssen wir aus Nordrhein-Westfalen in diesen Tagen ein deutliches und starkes Signal auch für die sozialen Dienste, für die Wohlfahrtsverbände senden.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Gerade jetzt ist die Arbeit der Wohlfahrtsverbände, der sozialen Dienste und der freien Träger für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft unverzichtbar. Sie helfen Menschen, die sich selbst nicht helfen können, weil sie gebrechlich, krank, behindert oder arm sind.

Wer wird diesen Menschen helfen, wenn die sozialen Dienste ihre Arbeit einstellen müssen? – Der Staat? – Das kann er nicht; das weiß jeder. Deswegen gehören auch die sozialen Dienste unter den Rettungsschirm.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Es gibt ein weiteres Problem, das wir möglichst kurzfristig gemeinsam angehen sollten. Ich finde gut, dass es einen leichteren Zugang zum Kurzarbeitergeld gibt und dass auf Bundesebene diesbezüglich sehr viel passiert und bewegt worden ist.

Das Kurzarbeitergeld liegt derzeit aber auf einem Niveau von 60 % bzw. 67 %. Ich plädiere stark dafür, dass wir dieses Kurzarbeitergeld auf ein Niveau von mindestens 80 % oder 87 % anpassen. 60 % bis 67 % reicht den meisten Familien hinten und vorne nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Was wichtig ist: Keine Familie darf aufgrund dieser Krise in die Privatinsolvenz abrutschen.

Ich betone es noch einmal: Die Milliardenpakete vom Bund und von den Ländern müssen vor allem auch ein Rettungsschirm für einfache Selbstständige, für normale Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein. Die Sozialdemokratie wird in dieser Krise an der Seite dieser Menschen stehen und ihre Interessen vertreten.

Auch deshalb sage ich mit aller Deutlichkeit: Arbeitswillige und leistungsbereite Menschen dürfen nicht auf den Fluren des Arbeitsamtes landen. Das ist unwürdig. Das darf nicht passieren.

(Beifall von der SPD)

Sorgen wir also gemeinsam dafür, dass es zu Verbesserungen auch im Bereich des Kurzarbeitergeldes kommt.

Übrigens kann auch das Land Nordrhein-Westfalen jungen Familien helfen. Es ist wohl an der Zeit, dass wir die Gebühren für Kitas und Ganztagschulen aussetzen und den Kommunen die Einnahmeausfälle erstatten.

(Beifall von der SPD)

Für viele Familien geht es um 200, 300, 400 oder mehr Euro im Monat – Geld, das sie jetzt dringend brauchen und für das sie momentan keine Gegenleistung erhalten.

Die Aussetzung der Bildungs- und Betreuungsgebühren wäre eins der wichtigen Signale, die wir jetzt brauchen. Dieser Staat ist euer Staat. Sein Rettungsschirm ist für euch. Er steht euch bei und lässt euch nicht im Stich. Liebe Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, eine Aussetzung der Kita- und OGS-Gebühren wäre eine echte Hilfe für viele Familien in Nordrhein-Westfalen. Weil wir jetzt helfen können, sollten wir das auch gemeinsam tun, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Zur Bekämpfung der Pandemie haben die Regierungen im Bund und in den Ländern so viele und so drastische Maßnahmen ergriffen wie noch nie in der Geschichte unseres Landes. Schulen, Kindertagesstätten, Geschäfte und Restaurants wurden geschlossen. Das öffentliche Leben in Deutschland wurde größtenteils stillgelegt, und jetzt wurden auch noch Kontaktsperrungen verhängt – all das in kaum mehr als zehn Tagen. Man könnte fast meinen, diese Katastrophe sei über Nacht über unser Land hereingebrochen.

Als ich hier vor zwei Wochen über die Situation an Schulen und Schulschließungen sowie den öffentlichen Nahverkehr gesprochen habe, war die Aufregung noch groß. Zwei Tage später war alles Realität.

Ich stelle mich hier jetzt nicht hin, um das großartig zu kritisieren, und ich zitiere auch nicht einen bestimmten Landrat, der in der Landesregierung viele Hauptbedenkenträger ausgemacht hat. Ich will es heute eher positiv ausdrücken.

Herr Ministerpräsident, bitte unterstützen Sie unsere Kommunen, Oberbürgermeister und Landräte bei ihrer schwierigen Aufgabe und sorgen Sie dafür, dass die Ministerien gut abgestimmt und koordiniert mit den Kommunen zusammenarbeiten können.

(Beifall von der SPD)

Gestatten Sie mir noch eine Anmerkung. Dies ist nicht die Zeit für einen Konkurrenzkampf unter Parteifreunden. Dies ist die Zeit für einen Kampf für die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Es geht um ihre Gesundheit, ihr Einkommen, ihre Zukunft. Die Bekämpfung der Coronakrise ist das Einzige, was jetzt zählt – das Einzige.

(Beifall von der SPD)

Wir müssen das Land gemeinsam gut durch die Coronakrise bringen. Ein nordrhein-westfälischer Ministerpräsident hat dabei eine ganz besondere Bedeutung und Herausforderung; denn auch in dieser Krise wird unser Land nicht von Virologen und Medizinern regiert. Wir hören ihren Rat, aber wir können sie nicht für Entscheidungen verantwortlich machen, die allein Regierungen und Parlamente zu treffen haben.

Auch in der Krise wird unser Land von einer Regierung geführt, die der Öffentlichkeit gegenüber rechenschaftspflichtig ist und die der Kontrolle parlamentarischer Demokratie, eines gewählten Parlaments unterliegt.

Eben habe ich gesagt, diese Krise sei eine Bewährungsprobe für die Demokratie. Sie ist aber keine Krise der Demokratie. Dies ist nicht die Zeit für Notstandsgesetze oder Freibriefe an die Exekutive. Dieser Landtag wird seinen Verfassungsauftrag erfüllen. Darauf wird meine Fraktion bestehen.

Wir werden Sie bei Ihrer Arbeit konstruktiv begleiten. Wir werden uns aber auch erlauben, bei den einzelnen Maßnahmen gemeinsam nach dem bestmöglichen Weg zu suchen. Wenn wir dabei Gegenvorschläge unterbreiten, dann ist das nicht immer unbedingt Kritik, sondern etwas, das wir vorbringen und uns aus Sicht unserer Partei, unserer Fraktion besonders am Herzen liegt.

Insbesondere in Zeiten, in denen wir Bürgerrechte sehr stark und massiv einschränken – was für einen bestimmten Zeitraum richtig, gut und notwendig ist –, ist es meiner Meinung nach wichtig, dass die parlamentarische Demokratie nicht vom Netz geht und wir hier eng beieinander bleiben, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD, der CDU und der FDP –  
Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Das garantieren wir Ihnen. Selbstverständlich werden wir die Regierung auch unterstützen, wenn sie tut, was getan werden muss, um diese Krise zu überwinden – so, wie bei den weiteren Tagesordnungspunkten heute.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wann der Tag kommt, an dem die Gefahr gebannt und die Krise überwunden ist, kann heute noch niemand sagen. Aber dieser Tag wird kommen; das ist sicher.

Wenn er da ist, dann werden wir mit neuen Augen auf die Menschen blicken, die uns täglich umgeben. Es wird ein Tag der Erkenntnis sein, an dem wir alle begriffen haben, wer die echten Leistungsträger in unserem Land sind und dass diese Leistungsträger übrigens meist Leistungsträgerinnen sind – wie die Verkäuferin im Supermarkt, die Pflegerin im Krankenhaus oder die Erzieherin im Kindergarten.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von  
der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Wir werden endlich verstehen, was diese Menschen leisten und was sie schon immer waren: unentbehrlich und unabkömmlich – genauso wie Lkw-Fahrer, Busfahrer, Bäcker, Feuerwehrleute, Reinigungskräfte, Sozialarbeiter und noch viele Menschen mehr. Niemand wird sie mehr übersehen. Niemand wird ihre Arbeit mehr gering schätzen oder ihre Leistungen für selbstverständlich halten. Dieses Land wird endlich zu würdigen wissen, was sie für uns alle tun – auch, indem wir ihnen endlich die Löhne zahlen und die soziale Sicherheit geben, die sie verdienen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von  
der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Wenn all das nicht der Fall sein sollte, all das nur verbliche Hoffnungen sind und wir nach der Krise einfach so weitermachen wie zuvor, dann werden alle Opfer, die wir noch erbringen müssen, und alle Verluste, die wir noch erleiden werden – menschliche wie ökonomische –, umsonst gewesen sein. Schlimmer noch: Dann wird in spätestens zwei Jahren eine Spar- und Verzichtspolitik auf der Agenda stehen, die unser Land tiefer und brutaler spalten wird als jemals zuvor. Meine Damen und Herren, das dürfen wir auf keinen Fall zulassen.

(Beifall von der SPD und Angela Freimuth  
[FDP])

Im Gegenteil: So furchtbar und schwierig diese Krise auch ist, sie bietet auch eine Chance. Wir sind kein Land von Egoisten. In Nachbarschaften, am Arbeitsplatz und in Freundeskreisen erleben wir eine Welle der Solidarität. Das ist der Zusammenhalt, den wir brauchen, um unser Land gerechter und solidarischer zu machen. Mehr noch: Wir können es auch moderner und innovativer machen.

Das ist die Stunde der sozialen und liberalen Demokratie. Eine Gemeinschaft, die zusammenhält, kann jede Herausforderung meistern – in Freiheit, Verantwortung und Solidarität. Diesen Beweis können wir jetzt erbringen.

Was auch immer diese Krise an Opfern verlangen wird, an ihrem Ende werden wir auch eine besondere Fähigkeit erworben haben. Wir werden das Normale vom Selbstverständlichen unterscheiden können. Das wird ein großes Glück sein; denn es bedeutet, dass wir wieder erfahren, wie kostbar Normalität in unserem Land ist. Wir werden wieder lernen, dass Freunde da sind, um ihre Hand zu halten, dass Oma und Opa da sind, um sie zu umarmen, und dass das Leben da ist, um es zu feiern. All das werden wir an einem nicht allzu fernen Tag wieder tun.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bis dahin brauchen wir drei Dinge: Mut, Zuversicht und Solidarität. – Glück auf, Nordrhein-Westfalen!

(Beifall von der SPD, der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege – Für die Fraktion der CDU erteile ich dem Abgeordneten Herrn Löttgen das Wort.

**Bodo Löttgen\*** (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Land hat stille Helden. Sie alle sorgen dafür, dass sich die wichtigen Räder des Gesundheitssystems, der Versorgung mit den Dingen des täglichen Bedarfs und der Aufrechterhaltung unserer Infrastruktur trotz der Einschränkungen in unserem täglichen Leben weiter drehen.

Deshalb – auch wenn einige schon genannt worden sind – gelten unser Dank und Respekt der Arbeit und dem großen Engagement der Ärztinnen und Ärzte im Krankenhaus, der Krankenschwestern, Pfleger, Krankenhausmitarbeiter und -techniker, Hausärzte, Apotheker und Zahnärzte, Altenpflegerinnen, der meist ehrenamtlichen Kräfte bei DRK, Maltesern, Johannitern und der Freien Wohlfahrtspflege sowie der unterstützenden Kräfte der Bundeswehr.

Unser Dank und Respekt gelten den Verkäuferinnen, Bäckern, Metzgern, Lkw- und Busfahrern, Bauarbeitern, Straßenwärtern, Bankkauffleuten, Postboten und Zeitungsträgern, den Erzieherinnen und Erziehern, Lehrerinnen und Lehrern, aber auch den Bürgermeisterinnen und Landräten, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Behörden und Verwaltungen der Städte, Gemeinden und Landkreise, den Polizisten und Ordnungskräften, den Müllwerkern, den Mitarbeiterinnen von Wasser- und Elektrizitätswerken sowie Telekommunikationsunternehmen.

Er gilt den Journalistinnen und Journalisten und Medienschaffenden, die berichten, Zeitungen, Radio,

Fernsehen und Onlinemedien bestücken und mit Fakten einen hörbaren, sichtbaren und merkbaren Kontrapunkt zu all den kursierenden Falschmeldungen und Verschwörungstheorien schaffen.

Er gilt den Künstlerinnen und Künstlern, die uns Konzerte und Unterhaltung, meist kostenfrei und ohne Publikum, über das Internet ins Haus liefern.

Unser Dank gilt den Forschern und Wissenschaftlern, die dabei sind, Impfstoffe zu entwickeln, den Unternehmen, die sich entschieden haben, ihre Produktion zu ändern und nun dringend benötigte Gegenstände wie Schutzkittel und Masken herstellen, sowie den Arbeitnehmern, die diese jetzt in 24-Stunden-Schichten fertigen.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der AfD)

Ein besonderer Dank, meine Damen und Herren, gilt abschließend all denen, die auch ich jetzt noch vergessen habe.

Eine geradezu unfassbar große Zahl von Anfragen, Hilferufen, Anregungen und Forderungen erreicht uns Abgeordnete – ich denke, das ist in allen Fraktionen so – auf allen verfügbaren Kanälen. Wir schaffen es kaum, jedem zeitgerecht eine belastbare Antwort zukommen zu lassen, die ihm in seiner Situation hilft. Das ist unbefriedigend und auch ungewohnt.

Aber die hervorragende Zusammenarbeit mit der Regierung und den Ministerien, die Absprachen und die Koordination in vielen Telefon- oder Videokonferenzen helfen uns, diese fehlenden Antworten Stück für Stück zu erarbeiten und weiterzugeben. Neue Formen der Organisation – auch unter uns – sind notwendig. Wir lernen jeden Tag dazu.

Deshalb gilt mein abschließender Dank dem Ministerpräsidenten unseres Landes, allen Mitgliedern der Landesregierung und den Beamten und Angestellten in den Ministerien und Landesbehörden für ihren großartigen Einsatz.

(Beifall von der CDU, der FDP und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Nach Tagen und Wochen, in denen die Exekutive, nämlich das Handeln von Regierung und Verwaltung, im Vordergrund stand, ist heute hier im Landesparlament und morgen im Deutschen Bundestag der Tag der Legislative. Das Parlament tagt und ist arbeitsfähig – auch unter erschwerten Bedingungen. Abstands- und Hygieneregeln gelten für uns wie für jeden anderen im Land.

Wir werden heute den NRW-Rettungsschirm in einem Nachtragshaushalt beschließen. Das Königsrecht des Parlaments, über Haushalte zu debattieren, wird auf einen Tag verkürzt. Die Fraktionsvorsitzenden aller Fraktionen haben sich im Vorfeld geei-

nigt: Zusammenarbeit in der Krise; keine parteipolitischen Spielereien; Ausschüsse tagen, aber in drastisch reduzierter Zusammensetzung.

Wichtig für uns als Parlamentarier – aber hoffentlich auch für die Bürgerinnen und Bürger – ist: Das Parlament ist notwendig, und es ist handlungsfähig. Wir beraten und treffen alle für die Eindämmung der Epidemie und die Bewältigung ihrer Folgen notwendigen Entscheidungen.

Aber, meine Damen und Herren: Das ist ein einmaliger politischer Kraftakt. Das Sondervermögen wird errichtet. Damit wird das Fundament gebaut. Aber alles, was darüber hinausgeht – die Bewirtschaftung und die Ausführung; das, was jetzt auf uns zukommt –, muss weiterhin unter parlamentarischer Kontrolle bleiben.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

So schnell wie nie zuvor in der Geschichte unseres Landes wird gehandelt und beschlossen. Es gibt Hilfspakete für Krankenhäuser, Wirtschaft, Unternehmer, Arbeitnehmer, Landwirtschaft, Solo-Selbstständige, Busunternehmer, Künstler, Kreativschaffende, KMU und Gründer. All das ist ein Anfang. Keiner wird vergessen.

Aber immer häufiger denke ich daran, dass es wie in der Medizin notwendig wäre, die grundlegenden Mechanismen einer Triage auch auf die Wirtschaft unseres Landes anzuwenden. Wir haben die auch ethisch schwierige Aufgabe, darüber zu entscheiden, wie und wann die endlichen personellen und materiellen Ressourcen auf die überwältigend große Anzahl von Betroffenen aufzuteilen sind.

Mein Verständnis für Menschen, die besser wissen, wie etwas, das nicht vorhanden ist, verteilt werden kann, ist begrenzt. Unser Ziel, gerade hier im Parlament, muss es sein, die Übersicht zu behalten und Folgen von Entscheidungen zu bedenken – schon, weil einige nachvollziehbar und durchaus verständlich auf ihre ureigenen Probleme fixiert sind. Ziel muss es sein, dass möglichst viele Arbeitnehmer, Unternehmen, Unternehmer, Selbstständige und Freiberufler das Ereignis mit möglichst wenig Schaden überstehen. Damit dieses bestmögliche Ergebnis aber für das Kollektiv der Geschädigten erzielt werden kann, muss das Interesse des Einzelnen zurückstehen.

Soforthilfe ist zudem nicht dort angesagt, wo die Erregungsamplitude am größten oder die dahinterstehende Organisation kommunikativ am besten aufgestellt ist, sondern dort, wo in absehbarer Zeit der größte Schaden droht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Unser Handeln in Regierung und Parlament mit Hilfspaketen und Unterstützung muss auch dem Zweck

dienen, Unsicherheit zu nehmen und Sicherheit für die Zeit nach der Krise zu geben. Dabei dürfen wir – das passiert mir und Ihnen vielleicht auch – nicht vergessen, dass unser Wissen, das Wissen der Parlamentarier, die sich jeden Tag damit beschäftigen, nicht das Wissen der Menschen ist, die zu Hause in ihren Wohnzimmern sitzen.

Politik bedeutet Vertrauen und Glaubwürdigkeit. Glauben wir nicht denjenigen, die alles besser wussten. Vertrauen wir stattdessen denjenigen, die es Tag für Tag besser machen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zwei Dinge, meine sehr geehrten Damen und Herren, erschweren uns den Umgang mit dieser Krise.

Erstens. Der Gegner, das Virus, ist nicht greifbar. Das erzeugt Angst und Unsicherheit. Es entsteht – auch hier im Landtag; im Plenum vielleicht weniger, aber auf den Fluren – ein geradezu surreales Gefühl der Unwirklichkeit.

Zweitens. Die Wirkung von Maßnahmen, die heute getroffen werden, lässt sich erst in vielleicht acht bis zehn Tagen feststellen.

In vier Wochen muss es vorbei sein mit dem Virus; ich will meine Arbeit behalten und mein Geld – so der Kommentar eines Facebook-Nutzers. Ja, diesen Wunsch haben wahrscheinlich die allermeisten in unserem Land. Aber eine Epidemie hält sich nicht an vorgegebene Zeitpläne. Und um Wünsche zu erfüllen, bedarf es sorgfältiger, zielgerichteter und rechtssicherer Arbeit.

Eine Psychologin hat vor Kurzem gesagt: Wir befinden uns in einer Situation, in der wir ähnlich handeln müssen wie Bergsteiger im Himalaja. Wir müssen Stufe um Stufe überprüfen, ob die Voraussetzungen gegeben sind, das Ziel anschließend auch tatsächlich erreichen zu können.

Was mich an der Aussage des Facebook-Nutzers stört, waren nicht die Wünsche, sondern das Ich. Das Wir ist jetzt wichtiger als das Ich. Wir bleiben zu Hause. Wir reduzieren unsere Kontakte zu anderen auf ein Minimum. Wir helfen unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, halten dabei Abstand zueinander und waschen uns vorher und nachher die Hände.

Diese Wir-Solidarität schützt uns selbst und andere. Sie entscheidet für viele über krank werden oder gesund bleiben. Sie entscheidet für manche über Leben oder Tod. Das Wir rettet Leben und zeigt: Gemeinsam sind wir stärker als das Virus.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Auch aus diesem Grund sind die getroffenen Maßnahmen der Landesregierung sinnvoll, zielgerichtet und vor allem verhältnismäßig. Wir kennen das alle aus dem täglichen Leben: Einer, der sich nicht an Regeln und Absprachen hält, macht den vielen, die dies

tun, das Leben schwer. Was im richtigen Leben gilt, gilt gerade auch für die Politik.

Deshalb heißt es jetzt null Toleranz gegenüber denjenigen, die gegen diese Regeln verstoßen, aber auch null Toleranz gegenüber denjenigen, die in dieser Krise kriminelle Absichten hegen. Diese schäbigen Machenschaften an den Haustüren und im Internet müssen mit allen Mitteln unterbunden und bestraft werden.

(Beifall von allen Fraktionen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin sicher: Wir müssen und wir werden uns ändern – nicht nur äußerlich, bis die Friseur wieder öffnen.

(Zuruf)

– Für einige gilt es, für andere nicht.

(Allgemeine Heiterkeit)

Unser Bewertungsmaßstab ändert sich. Dinge, die noch vor Wochen unwichtig waren, bekommen eine neue Bedeutung.

Ich habe mich heute Morgen über jeden Lkw gefreut, der unterwegs war, weil er zeigt: Die Logistik funktioniert. Es gibt keinen Grund für Hamsterkäufe – die im Übrigen unsolidarisch sind.

Ich habe mich über den Bäckermeister gefreut, der im Radio von seiner Arbeit berichtete. Er zählt zu den Mutmachern, die jetzt gefragt sind.

Wir alle können als Gesellschaft aus dieser Krise etwas mitnehmen; vielleicht die Notwendigkeit, achtsamer mit dem Gegenüber umzugehen.

Wir als Politik können aus dieser Krise etwas mitnehmen; vielleicht die Notwendigkeit, über Systemrelevanz und Prioritäten neu nachzudenken – neu nachzudenken, ob die Bonpflicht jetzt wirklich sinnvoll ist, oder neu nachzudenken, ob wir die Herstellung von jetzt als systemrelevant gekennzeichneten Produkten wieder im eigenen Land möglich machen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das Wir gewinnt – auch heute in diesem Parlament. Deshalb danke ich allen Fraktionen in diesem Landtag herzlich für die konstruktive Zusammenarbeit, insbesondere den Fraktionsvorsitzenden und den Parlamentarischen Geschäftsführern für ihre etwas erweiterte Arbeit. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der AfD)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Löttgen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Düker.

**Monika Düker\*** (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das neue Coronavirus hat innerhalb kürzester Zeit unser aller Leben auf eine nie da gewesene einschneidende Weise verändert. Es hält die Welt in Atem und hält unser aller Leben an.

Heute ist für uns daher nicht der Tag der klassischen Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition. Wir Grüne wollen und werden uns als Oppositionsfraktion dieser historischen Krise stellen. Wir wollen staatspolitische Verantwortung mit übernehmen. Wir unterstützen die Landesregierung bei dieser riesigen Herausforderung und bieten unsere konstruktive Mitarbeit an.

(Beifall von den GRÜNEN, der CDU, der SPD und der FDP)

Wir unterstützen die Landesregierung, damit die Hilfen schnellstmöglich dort ankommen, wo sie jetzt dringend gebraucht werden. Rechthaberei auf der einen Seite oder Überbietungswettbewerbe, wie man sie bei den Ländern untereinander erleben konnte, auf der anderen Seite bringen uns jetzt nicht weiter; denn nur gemeinsam können wir diese immense Herausforderung meistern.

Dazu gehört für uns aber auch eine konstruktiv-kritische parlamentarische Opposition, die eigene Vorschläge macht und auf Defizite hinweist. Dieser Herausforderung werden wir uns nicht nur heute stellen.

Im Kampf gegen die Zeit wurde das öffentliche Leben zu Recht auf ein Minimum reduziert, um die Ausbreitung der Pandemie zu verlangsamen. Nur wenn jetzt über eine längere Zeit hinweg die direkten Begegnungen von Menschen massiv reduziert werden, gibt es eine Chance, dass die Kurve abflacht, die Zahl der Infektionen zurückgeht, letztendlich weniger Menschen sterben und unser Gesundheitssystem nicht komplett überlastet wird.

Oberste Priorität haben deshalb auch für uns jetzt die Gesundheit der Bevölkerung und die Aufrechterhaltung der bestmöglichen Versorgung für die Menschen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD, Henning Höne [FDP] und Markus Wagner [AfD])

Daher gilt mein erster Dank all denjenigen, die genau dafür Tag und Nacht arbeiten und in einem riesigen Kraftakt, an der Belastungsgrenze und darüber hinaus, rund um die Uhr die Versorgung der Kranken sicherstellen. Herzlichen Dank an alle Ärztinnen und Ärzte, Pflegerinnen und Pfleger, Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen in Katastrophenschutz und Hilfsorganisationen, Arzthelferinnen und Arzthelfer sowie Apothekerinnen und Apotheker! Herzlichen Dank, dass Sie für diese Kranken in dieser Zeit alles geben!

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Mit diesem Dank verbunden muss ihnen aber auch konkrete Unterstützung zukommen. Alle verfügbaren Ressourcen – sowohl beim Personal als auch bei der fast überall fehlenden Schutzkleidung als auch bei der Bereitstellung von Bettenkapazitäten – müssen jetzt mobilisiert werden.

Mit einem Hilfsfonds muss aus unserer Sicht zusätzliches Personal eingesetzt werden – beispielsweise durch Aufstockung von Teilzeitkräften, Aktivierung von nicht mehr in Dienst befindlichen Fachkräften oder Einsatz von Studierenden, natürlich ohne Nachteile für ihr Studium. Es sollten auch Rentnerinnen oder Rentner zur Unterstützung außerhalb des Coronabereichs eingesetzt werden.

Alle Möglichkeiten der zusätzlichen Produktion von Schutzkleidung durch Unternehmen der Bekleidungsbranche, die sich jetzt melden, müssen schnell ausgenutzt werden. Schnellstmöglich müssen die Hilfe suchenden Arztpraxen damit ausgestattet werden.

Wir unterstützen auch ausdrücklich – der Ministerpräsident hat es heute erwähnt –, dass jetzt geplant wird, Bedienstete des Landes zur Unterstützung der örtlichen Gesundheitsämter zu entsenden.

Sehr geehrte Damen und Herren, mit den ergriffenen Maßnahmen zu den Kontaktverboten sind die massivsten Einschränkungen von Grund- und Freiheitsrechten verbunden, die wir in der Bundesrepublik Deutschland je vorgenommen haben. Dies ist auch für eine Bürgerrechtspartei wie die Grünen nach der Abwägung verhältnismäßig und geboten, weil der Staat jetzt den Schutz der Gesundheit aller im Blick haben und in den Mittelpunkt stellen muss.

Alle Eingriffe in Freiheitsrechte müssen in einer Demokratie aber befristet sein und immer wieder auf ihre Notwendigkeit hin überprüft werden. Demokratien haben Mechanismen, um schnell handlungsfähig zu sein. Sie haben aber auch die Fähigkeit, das eigene Handeln immer wieder zu hinterfragen, es zu überprüfen, auch Fehler zu erkennen und dann notwendige Anpassungen oder Korrekturen vorzunehmen.

Ich habe Vertrauen in unsere Demokratie und in unseren liberalen Rechtsstaat, dass sie sich auch in diesen Zeiten als handlungsfähig bewähren werden.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Die Folgen der Coronakrise sind eine seit dem Zweiten Weltkrieg nie da gewesene Herausforderung für unsere Wirtschaft. Das ifo Institut rechnet mit einer um – je nach Szenario – 7 bis 20 % schrumpfenden Wirtschaftsleistung. Das heißt: Die Kosten dieser Krise werden alles übersteigen, was wir an Wirtschaftskrisen in der Bundesrepublik je erlebt haben.

Anders als in der Bankenkrise vor gut zehn Jahren sind jetzt nicht nur systemrelevante Banken betroffen und müssen gerettet werden, sondern fast die gesamte Realwirtschaft, die in der Tat insgesamt systemrelevant ist.

Es gibt massive Auswirkungen für die Beschäftigten, die jetzt vor Kündigungen stehen oder denen durch Kurzarbeit Lohn einbußen drohen – Kollege Kutschaty hat dargestellt, was das im Einzelfall bedeuten kann –, aber auch für Minijobberinnen oder Studierende, die jetzt die Jobs, die sie für ihren Lebensunterhalt brauchen, verlieren, sodass zum Teil existenzielle Einnahmen wegbrechen.

Ich will hier nicht alle Bereiche der Wirtschaft aufzählen; sie sind genannt worden. Wir alle finden die dramatischen Hilferufe tagtäglich in unseren Mails. Es sind fast alle Bereiche der Wirtschaft betroffen – die Kultur- und Kreativwirtschaft, das Dienstleistungsgewerbe und die Solo-Selbstständigen bis hin zu den großen Betrieben.

Der Staat muss jetzt die kommende Insolvenzwelle auffangen. Auch diese Kurve muss abgeflacht werden. Zur Not muss dies aus unserer Sicht auch durch Staatsbeteiligungen erfolgen, wenn es denn für die Aufrechterhaltung wirtschaftlicher Abläufe und die Sicherung von Arbeitsplätzen notwendig ist. Denn es sind ja gesunde Unternehmen, die derzeit in die Krise geraten. Sie müssen mithilfe des Staates durch die Krise kommen, damit auch danach das Wirtschaften weitergehen kann.

Wir unterstützen daher alle von der Landesregierung beschlossenen Maßnahmen zur Liquiditätssicherung, die Steuerstundungen oder auch die das Bundesprogramm ergänzenden Zuschussmöglichkeiten für kleinere Betriebe.

Das Geld zur Verfügung zu stellen, ist das eine. Der Staat steht gerade wirtschaftlich sehr gut da. Es zur Verfügung zu stellen, ist vielleicht sogar einfacher, als das Geld dann tatsächlich bereitzustellen und zu bewirtschaften. Das wird die weitaus größere Herausforderung sein.

Wir haben im Land die entsprechenden Strukturen. Wir haben die Bezirksregierungen. Wir haben die NRW.BANK. Wir haben gut aufgestellte Behörden.

Herr Ministerpräsident, Herr Pinkwart, ich glaube aber, dass wir sie jetzt auch deutlich ertüchtigen müssen, damit das Geld auch verausgabt werden kann. Sie hören die Hilferufe auch. Alle fragen: Wo und wie können wir das Geld beantragen? – Das muss leider schnell gehen. Ich weiß, dass Verwaltungen Tanker sind, die man nicht so einfach hochfahren kann. Die Betroffenen brauchen aber jetzt das Geld. Ich hoffe, dass die Behörden es schnell schaffen, das Geld auch an die richtigen Stellen zu bringen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir stimmen gleich ebenfalls dem vorgelegten Rettungsschirm und dem Nachtragshaushalt zu. Wir sagen aber auch ganz klar: Dieses Parlament hat auch und besonders in Krisenzeiten ein Mitspracherecht, wenn es darum geht, die Mittel zielgerichtet zu verwenden, wenn der Anspruch eines gemeinsamen Handelns ernst gemeint ist.

Es ist schön, dass ich in dieser Debatte ausnahmsweise einmal dem Kollegen Löttgen voll zustimmen kann. Denn auch er hat in seiner Rede erwähnt: Dieses Parlament muss jetzt auch Verantwortung übernehmen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Es ist zwar die Stunde der Exekutive. Aber hier muss entschieden werden, wofür das Geld am Ende ausgegeben wird.

Dazu steht im Gesetz bislang noch nicht viel Konkretes. Das kann es auch nicht geben; das ist richtig. Wenn aber der Rettungsschirm, wie es im Gesetz ganz allgemein heißt – ich zitiere –, „zur Bewältigung aller direkten und indirekten Folgen der Corona-Krise“ verwendet werden soll, müssen wir klarstellen, was für uns nicht unter die Räder kommen darf.

Für uns sind selbstverständlich die gefährdete Realwirtschaft und die damit verbundenen Arbeitsplätze systemrelevant und müssen gerettet werden. Genauso systemrelevant ist aber die Aufrechterhaltung unserer sozialen Infrastruktur.

Schon jetzt sind keine Plätze mehr in den Frauenhäusern frei. „Stay home“ ist für uns alle positiv besetzt. Aber für viele Frauen bedeutet das, häuslicher Gewalt permanent ausgesetzt zu sein. Herr Reul, Sie haben die Zahlen der Polizei über zunehmende Einsätze wegen häuslicher Gewalt. Diese Einsätze werden noch weiter zunehmen. Schon jetzt gibt es keine Plätze in Frauenhäusern mehr.

Das Gleiche gilt leider auch für viele Kinder in unserem Land, weil die Inobhutnahmeplätze knapp werden.

„Stay home“ ist für Wohnungslose nicht umsetzbar, weil sie kein Zuhause haben und die Notunterkünfte derzeit nicht voll belegt werden können. Nahezu alle Wohnungslosen zählen ja zu den Risikogruppen und stehen jetzt auf der Straße.

„Stay home“ kann für viele allein lebende Menschen, ältere Menschen oder Menschen mit psychischen Erkrankungen geradezu gefährliche Auswirkungen auf ihre psychische Gesundheit haben. Psychotherapeuten können beispielsweise telefonische Beratung nicht abrechnen, die sie aber leisten müssen, damit diese Menschen durch die Krise kommen.

Die Armen in unserer Gesellschaft, die leider auf die Tafeln angewiesen sind, stehen jetzt vor verschlossenen Türen; denn die Hälfte der Tafeln hat inzwischen geschlossen.

Kinder aus einkommensschwachen Familien können nicht mehr in der Schule oder in der Kita versorgt werden, wo die Versorgung erstattet oder bezahlt wird. Diese Kinder stehen zum Teil zu Hause vor leeren Kühlschränken.

Ich könnte diese Liste noch weiterführen. Aber eines ist klar: Es sind sehr viele betroffen. Um die Versorgung all derjenigen zu sichern, die jetzt auf mehr Hilfeleistungen angewiesen sind, müssen wir auch für diese Menschen und für diese Strukturen Mittel zur Verfügung stellen, weil auch sie einen Rettungsschirm brauchen,

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

für telefonische Beratung oder beispielsweise die Anmietung zusätzlicher Appartements zur Unterbringung oder die Anmietung von Hotels, wie es derzeit in der Stadt Düsseldorf praktiziert wird.

Natürlich kann sich eine Stadt wie Düsseldorf das eher leisten als andere Städte. Deswegen dürfen gerade die Kommunen jetzt mit diesen Dingen nicht alleine gelassen werden. Die Freie Wohlfahrtspflege hat dazu bereits eine Stellungnahme abgegeben, die wir ausdrücklich unterstützen.

Das Land kann die Kommunen insgesamt mit dieser Situation nicht alleine lassen. Denn die Auswirkungen sind auch jetzt schon spürbar. Insbesondere den finanzschwachen Kommunen drohen wegen sinkender Steuereinnahmen in Milliardenhöhe und höherer Ausgaben ohnehin neue Kassenkredite. Wir wissen, dass nordrhein-westfälische Kommunen immer noch hoch belastet sind, weil es noch keinen Altschuldenfonds gibt. Sie drohen, in die bilanzielle Überschuldung zu geraten; denn sie haben wegbrechende Einnahmen auf der einen Seite und höhere Ausgaben auf der anderen Seite.

Kurzfristig muss das Land den Städten und Gemeinden Zugang zu zinslosen Krediten zur Finanzierung ihrer Aufgaben gewähren und Finanzhilfen leisten. Wir müssen überprüfen, ob das Haushaltsrecht entschärft werden kann. Auch sollten die Kassenkredite als Folge der Coronakrise beispielsweise in das Aufkaufprogramm der Europäischen Zentralbank aufgenommen werden oder anderweitig abgebaut werden.

Auch die Kommunen brauchen aus unserer Sicht einen Rettungsschirm; denn auch sie sind für unser Gemeinwesen systemrelevant.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und Josef Hovenjürgen [CDU])

Schlussendlich müssen wir daran denken, dass mit dem Überwinden der akuten gesundheitlichen Krise

Vorsorge für kommende Herausforderungen getroffen werden muss. Denn auch wenn unser Gesundheitssystem im europäischen Vergleich verhältnismäßig gut aufgestellt ist, merken wir jetzt doch leidvoll, dass wir nicht ausreichend auf diese Krise vorbereitet waren.

Der Öffentliche Gesundheitsdienst in den Kommunen war und ist unterfinanziert. Diejenigen, die in den Kliniken arbeiten, sind schon im Normalbetrieb überlastet und an ihren Grenzen. Die Personalnot in den Pflegeberufen hat auch mit den Arbeitsbedingungen und der sehr niedrigen Bezahlung zu tun.

Diese jetzt so sehr und viel beschworenen systemrelevanten Berufe und diese Menschen, denen wir jetzt aus vollem Herzen aufrichtig unseren Dank aussprechen, sollten uns zukünftig mehr wert sein.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir brauchen perspektivisch mehr Personal. Wir brauchen mehr technische und digitale Unterstützung. Wir brauchen Entlastung von Bürokratie. Das wird dauerhaft mehr Geld kosten. Aber es lohnt sich, zu investieren; denn es geht um unser aller Gesundheit und darum, dass wir uns besser auf kommende Krisen vorbereiten.

Wir brauchen dafür auch eine Pandemiestrategie. Es sind Erfahrungen aus dieser Krise, dass wir solche Dinge tatsächlich besser vorbereiten müssen.

Dazu gehört wahrscheinlich auch, Herr Laumann, dass Schutzausrüstungen, die jetzt überall fehlen, in ausreichender Zahl vorgehalten werden.

Es braucht einen auskömmlich ausgestatteten Öffentlichen Gesundheitsdienst. Auch darum werden wir uns nach der Krise kümmern müssen.

Damit die Wirtschaft nach der Krise wieder ans Laufen kommt, werden wir Konjunkturprogramme brauchen, um die angeschlagene Wirtschaft anzukurbeln. Die notwendigen Investitionsprogramme können sehr viel dazu beitragen, die Arbeitsplätze dauerhaft zu sichern.

Es sollte aber nicht blind Geld in Form von Abwrackprämien oder auf andere Weise über das Land verteilt werden. Wenn wir uns daranmachen, die Wirtschaft mit den Investitionsprogrammen auf der Strecke zu stärken, müssen wir dabei im Auge behalten, dass es um einen Transformationsprozess hin zum nachhaltigen Wirtschaften geht und dass zielgerichtet investiert wird; denn auch das muss jetzt in den Blick genommen werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schließe mich dem Dank meiner Vorredner an. Ich danke allen herzlich, die gerade daran mitwirken, dass unsere Versorgungsstrukturen aufrechterhalten werden.

Das ist die Kassiererin, das ist der Müllmann, das sind die Mitarbeitenden in den Krankenhäusern, in den Pflegeberufen und in unserer Infrastruktur, damit wir morgen wieder im Supermarkt einkaufen gehen können.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Vielleicht steht ja morgen auch mal wieder ein Paket Nudeln im Regal; das wäre dann ja auch noch mal was.

Ich wünsche allen diesen Menschen viel Kraft und Ausdauer auf unserem gemeinsamen Weg aus dieser Krise.

Auch meinen Vater kann ich derzeit nicht mehr besuchen. Er ist 89 Jahre alt und lebt alleine. Die Nachbarin bietet sich an, für ihn einzukaufen. Solche Geschenke gibt es derzeit tagtäglich in den Nachbarschaften.

Ich wünsche mir, dass wir von diesem Zusammenhalt und dieser Solidarität, die wir in dieser Krise gerade tagtäglich erleben, etwas hinüberretten, wenn wir hoffentlich bald wieder in den Alltag zurückfinden; denn das kann dieser Gesellschaft nur guttun. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Rasche.

**Christof Rasche<sup>1)</sup>** (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte mich sämtlichen Vorrednern anschließen. Man kann in diesen Tagen gar nicht oft genug Danke sagen.

Menschlichkeit und Hilfsbereitschaft – zuletzt oft belächelt – erreichen eine völlig neue Bedeutung und eine völlig neue Anerkennung. Und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist gut so.

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Viele Menschen gehen an die Grenze ihrer Belastbarkeit, oft darüber hinaus. Ein Dank also auch von mir an das Personal in Krankenhäusern, in Pflegeeinrichtungen, in Apotheken, an die Menschen, die unsere Versorgungsketten aufrechterhalten, an die Menschen, die unsere Infrastruktur am Laufen halten, an die Polizisten und Polizistinnen, an die Feuerwehren und die anderen Hilfsorganisationen, an die vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Supermärkten, aber auch an die vielen sozialen Einrichtungen, an die Wohlfahrtsverbände und Sozialverbände, die sich für die Menschen in unserem Land einsetzen.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Danke an die Verwaltungen, an die Behörden, an die Fraktionen hier im Hohen Haus, die konstruktiv zusammenarbeiten.

Ein besonderes Dankeschön von mir aber auch an die Landesregierung. Die Ministerinnen und Minister, der Ministerpräsident selbst stehen vor bisher unbekanntem Herausforderungen. Die Lage, selbst die wissenschaftliche Lage, verändert sich täglich, wenn nicht sogar stündlich. Man kann vielleicht in einer solchen Situation immer etwas noch besser machen. Die Bereitschaft zum Dazulernen ist natürlich da.

Die Ministerinnen und Minister erreichen Emotionen von ihnen persönlich unbekanntem Menschen, trotzdem erreicht sie auch unerwartete Kritik. Ministerinnen und Minister in Nordrhein-Westfalen und in ganz Deutschland geben ihr Bestes, um die Krise abzufedern. Dafür noch mal ausdrücklichen Dank.

(Beifall von der FDP, der CDU und den GRÜNEN)

Alle Menschen sind von der Krise, von dem Virus betroffen – gesundheitlich, wirtschaftlich und sozial.

Zudem erreichen uns Angst, Hilferufe. Die Verunsicherung ist groß. Die Gefühle bei den Menschen in Nordrhein-Westfalen verändern sich. Der Ministerpräsident zeigte es eben einmal auf, als er davon sprach: Aus Distanz wird plötzlich Nähe. – So geht es uns allen. Und auch das ist gut so.

Die Kontakte haben sich völlig verändert. Wie gerne würden wir Familienangehörige und Freunde in den Arm nehmen, wie es normal war, wie wir es täglich getan haben.

Auch die Kommunikation ändert sich. SMS, WhatsApp und andere Möglichkeiten gewinnen an Bedeutung. Das Festnetztelefon wird vom Staub befreit. Vieles verändert sich.

Nicht nur unser Gesundheitssystem, sondern jedes Gesundheitssystem auf der Welt hat seine Grenzen. Das deutsche Gesundheitssystem gehört weltweit zu den besten. Trotzdem müssen wir gemeinsam versuchen, zu erreichen, dass die Grenze dieses Systems nicht erreicht wird. Dafür müssen wir vor allem eines tun: Zeit gewinnen.

Wir brauchen mehr Schutzmaterial und Ausstattung. Wir brauchen mehr medizinisches Personal. Das Land, die Regierung stellt weitere 150 Millionen Euro in diesem Bereich zur Verfügung.

Die Zusammenarbeit zwischen den Krankenhäusern muss weiterhin verbessert werden, auch in Verbindung mit Bezirksregierungen und Kommunen. Die Intensivkapazitäten müssen erweitert werden. Das gesamte Gesundheitssystem muss ausgebaut werden.

Zwei Punkte sind von elementarer Bedeutung: einmal die Kontaktreduzierungen – ganz wichtig – und zum Zweiten landesweit ausgeweitete Tests für eine viel größere Bevölkerungsgruppe als bisher, um festzustellen, wer infiziert ist, damit diese infizierten Bürgerinnen und Bürger isoliert werden können, damit die breite Masse der Bevölkerung sich nicht anstecken kann.

Noch einmal: Weitere, ausgeweitete Tests und Kontaktreduzierungen – das sind zwei wichtige Aufgaben und Ziele, die wir erreichen sollen und die wir erreichen müssen. In diesem Zuge ist und bleibt die Balance von Gesundheit, Vernunft und Freiheit eine extrem schwierige Aufgabe.

Natürlich müssen wir versuchen, den Kollaps, den wir vor Augen haben, zu verhindern. Mit harten und einzigartigen Maßnahmen müssen wir gegensteuern.

Die Rechte des Parlaments – wir erleben es heute – werden erheblich eingeschränkt. Das geht nicht anders. Da gibt es plötzlich ein neues Zusammenspiel zwischen der Koalition und der Opposition in diesem Haus. Alle haben erkannt, dass das notwendig ist. Selbstverständlich sind wir gemeinsam dazu bereit.

Die Bundeswehr kommt vermehrt – wir haben es im Kreis Heinsberg erlebt – zum Einsatz. Kindergärten und Schulen werden geschlossen, genauso wie Geschäfte und Restaurants. Das kulturelle und sportliche Leben in unserem Land, viele Veranstaltungen kommen zum Erliegen.

Unter dem Strich: Die Freiheit wird eingeschränkt.

Für Kinder: Wie ordnen die Kinder das ein? Wie gehen sie damit um? Für uns Erwachsene: Es ist auch für uns eine schwierige Situation, und das womöglich über Wochen oder noch länger.

Freiheit ist wichtig. Über Jahrzehnte hat sich die Freiheit in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland ausgeweitet. Über Jahrhunderte haben sich Menschen auf der Welt für Freiheit eingesetzt – und jetzt plötzlich erhebliche, massive Kontaktbeschränkungen. Wir erleben plötzlich, was vorher selbstverständlich war, wie wertvoll Freiheit tatsächlich ist. Wir denken über Freiheit nach. Auch das haben wir lange nicht getan.

Die Eingriffe in das persönliche Leben und die Freiheit jedes Einzelnen sind notwendig. Es ist keine leichte Entscheidung, sondern es ist eine ernsthafte und schwierige Abwägung, gerade für uns Freie Demokraten, aber natürlich auch für alle anderen Fraktionen in diesem Haus.

Natürlich ist diese Ausnahmesituation befristet. Natürlich ist es auch die Aufgabe insbesondere der FDP, immer wieder zu überprüfen, wie lange die Befristung in Gänze oder im Einzelnen läuft. Wir werden

immer wieder gemeinsam schauen und darauf blicken: Wo gibt es Veränderungen? Wo können wir wieder lockerlassen bei diesen Ausnahmesituationen, damit wir am Ende wieder Normalität erreichen?

Die wirtschaftlichen Sorgen sind enorm – um Wohlstand, um Arbeitsplätze und um Familien. Zu den sozialen Einschränkungen, die ich genannt habe, kommen wirtschaftliche Sorgen hinzu. Die Maßnahmen, die wir besprochen haben und die wir beschließen werden, stellen aber alle betroffenen Branchen vor neue, ungeahnte Herausforderungen.

Die Kurzarbeit nimmt extrem zu. Die Liquiditätsreserven werden erreicht. Es drohen Insolvenzen. Es droht Arbeitslosigkeit. Es drohen unglaublich viele unverschuldete Schicksale. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, diese unverschuldeten Schicksale zu vermeiden.

(Beifall von der CDU, der FDP, Josefine Paul [GRÜNE] und Dr. Martin Vincentz [AfD])

Die Landesregierung hat einen Rettungsschirm aufgespannt, den größten in der Geschichte des Landes. Dieses Hilfsprogramm unterstützt und ergänzt die Wirtschaftspakete des Bundes – ein gewaltiges Szenario für eine gewaltige Aufgabe. Im Einzelnen wird gleich mein Kollege Ralf Witzel in der Haushaltsdebatte darauf eingehen.

Das ganze Ausmaß der Krise ist noch nicht absehbar. Alle Maßnahmen müssen sinnvoll und angemessen sein. Wir dürfen keine unnötige Zeit verlieren. Aber wenn manchmal – aus der Sicht von Beobachtern – mehr das Ich als das Wir in den Mittelpunkt rückt, wenn durch zu hohes Tempo die Kontrolle zumindest kurzzeitig verloren geht, dann wird es schwierig. Brandbriefe, zum Beispiel von Bürgermeistern am Tegernsee, beweisen das.

Wir lernen in dieser Krise jeden Tag dazu. Keiner hat die Weisheit, wie man vielleicht auf Deutsch sagt, gegessen; oder man drückt es anders aus.

Änderungsanträge zu Vorschlägen der Regierung sind grundsätzlich legitim. Die SPD hat einige unterbreitet. Wir werden gleich darüber beraten und werden versuchen, gemeinsam unsere Ziele zu erreichen.

Für alles, was wir tun, stellt sich auch immer die Frage nach dem richtigen Zeitpunkt. Uns werden sicherlich auch noch in den nächsten Tagen, Wochen und Monaten Anträge erreichen, Vorschläge werden gemacht. Wir werden immer wieder gemeinsam überlegen: Welches ist der richtige Weg? Das ist heute der Anfang dieses Prozederes und nicht das Ende. Das ist eine gemeinsame Aufgabe für uns, und es wird eine bleiben.

(Beifall von der FDP, der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Die Bürger wollen in dieser extremen Situation von uns nüchterne und mutige Politik, Unterstützung – wenn es geht, schnell –, Perspektiven, Zukunft, kein Hickhack, wie es alle Redner und Rednerinnen bisher gesagt haben, und keinen überflüssigen politischen Streit.

Zur Wahrheit gehört: Die Krise hat ganz enorme Sprengkraft. Das kann negativ ausgehen, und das kann positiv ausgehen. Wir, also die Politik, sind in einer ganz besonderen Verantwortung. Ich bin mir sicher, die Menschen sind bereit. Sie nehmen erhebliche Einschränkungen in Kauf, um sich und vor allem andere zu schützen. Die Solidarität wächst von Tag zu Tag in einem Ausmaß, wie wir es vor Tagen, Wochen und Monaten gar nicht für möglich gehalten haben.

Es entstehen ganz besondere Gefühle in dieser schwierigen Situation, in Italien und auch bei uns eine ganz bemerkenswerte Zuversicht. Ich freue mich darüber, dass so etwas in Italien möglich ist, einem Land, das wie keines negativ betroffen ist.

Fußball-Ultras präsentieren Dankesbanner für Krankenhauspersonal. Wer hätte so etwas vor einigen Monaten gedacht? Ein neues Verhältnis und Verständnis von Gemeinschaft und Gesellschaft entsteht. Das sollten wir pflegen. In der Tat – Herr Kutschaty sprach eben von Chancen – ist auch das eine Chance, die wir nutzen sollten.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Die Neuinfektionen werden in den nächsten Tagen weiter zunehmen. Die Maßnahmen benötigen diese Tage, um zu wirken. Diese Wahrheit gehört dazu. Wir werden die Menschen in Nordrhein-Westfalen nur erreichen, wenn wir die Wahrheit niemals verschweigen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Es gibt zu diesen Maßnahmen und zu unserem Ziel keine Alternative. Wir alle hoffen auf eine positive Zukunft. Wir alle können diese Krise nur zusammen, nur gemeinsam überstehen. Wenn wir diesen Weg gemeinsam gehen, dann werden wir ihn – da bin ich mir sehr sicher – auch erfolgreich beschreiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nochmals Danke an alle im ganzen Land, auch an Sie und für Ihre Aufmerksamkeit. – Danke schön.

(Beifall von allen Fraktionen)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Dr. Vincentz.

**Dr. Martin Vincentz<sup>\*)</sup> (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Coronavirus hat uns alle erfasst – die Bundesrepublik und die Welt.

Ich möchte trotzdem mit einem leichteren Gedanken einsteigen: Jetzt ist vielleicht die große Stunde all derjenigen gekommen, die sich damals im Matheunterricht gefragt haben: „Wofür brauche ich die Exponentialfunktion im tatsächlichen Leben?“, und trotzdem am Ball geblieben sind. Denn jetzt könnt ihr alle, die ihr im Matheunterricht weiter aufgepasst habt, denjenigen, die dann ausgestiegen sind, weil sie gesagt haben: „Wozu brauche ich das im tatsächlichen Leben?“, erklären, was es mit dem exponentiellen Wachstum auf sich hat.

Ich erinnere mich noch sehr gut daran: Vor drei Wochen saßen wir im AGS zusammen. Damals habe ich die Frage gestellt: Wie weit können wir eigentlich die kritische Infrastruktur der Intensivbetten in Nordrhein-Westfalen hochskalieren? Damals arbeitete man im Gesundheitsministerium auf Hochtouren daran, herauszufinden: Wie viele Betten bekommen wir tatsächlich mehr?

Damals, als wir tatsächlich noch über ganz wenige Einzelfälle im Land verstreut diskutiert haben, war das noch ein Gedanke, der eher so im Raum stand, der uns sehr fern lag, den viele als vielleicht doch Panikmache kritisiert oder mit den Worten abgetan haben, da könnten wir auch über Dinge diskutieren, dass uns der Himmel auf den Kopf fällt.

Jetzt, drei Wochen später, sind wir in einer Situation, in der ich Armin Laschet sehr dankbar bin, dass er sich in einer Telefonkonferenz dafür eingesetzt hat, dass wir noch aus dem Haus gehen dürfen. So schnell funktioniert das tatsächlich in der Bundesrepublik.

Und wenn wir Wachstumsraten der vergangenen Wochen, der vergangenen Tage weiter beobachten, stellen wir ein Wachstum des Virus zwischen 10 % und 15 % am Tag fest. In etwa weiteren drei Wochen – da sind sich die Fachleute nicht ganz einig; ich habe das selber mal gerechnet –, also etwa dann, wenn wir wieder zum Normalbetrieb zurückkehren wollen, haben wir in der Bundesrepublik Zahlen an Neuerkrankungen jeden Tag erreicht, die unsere Intensivbettenkapazitäten übersteigen.

Ich glaube, man müsste jedem einmal klarmachen, dass es jetzt an der Zeit ist, tatsächlich entschieden zu handeln. Oft verlieren wir uns hier auch in dem Hohen Haus in einem Streit in der Opposition. Ich glaube aber, an diesen Zahlen sehen wir – egal, wie gut der Arzt arbeitet, egal, wie lange die Krankenschwester ihre Schicht verlängert –, dass wir in drei Wochen den Punkt erreicht haben können, dass wir jeden Tag mehr Neuerkrankungen haben, als wir überhaupt Intensivkapazitäten in diesem Land haben.

An diesem Punkt ist es dann egal, ob wir als Opposition oft auseinanderstehen: Wenn die Flut kommt, dann muss man nicht mehr darüber diskutieren, welchen Damm man hätte bauen müssen, sondern

dann geht es gemeinsam darum, diesen Damm irgendwie noch aufrechtzuerhalten.

Deswegen ist es jetzt genau in diesen Tagen, in diesen Stunden notwendig, dass wir nicht das desavouieren, was wir jetzt von der Regierung vorgegeben bekommen, was ausgehandelt wird auf anderer Ebene, sondern dass wir gemeinsam dafür werben, dass ein Verständnis dafür da ist, warum genau diese heftigen Einschnitte in unser aller Privatleben tatsächlich vonnöten sind. Denn wenn jetzt die Kurve nicht abgeflacht wird, sind wir schon in wenigen Wochen an einem Punkt, an dem auch unser Gesundheitssystem kollabieren wird. Deswegen sind es jetzt die entscheidenden Wochen, damit wir weitermachen können.

Trotzdem muss ich sagen: Als Konservativer ist man auch als Mittdreißiger oft schon „old“ and „grumpy“. Von daher trotzdem mal ein paar positive Töne von dieser Seite:

Mich freut es regelrecht, zu sehen, mit was für einer Solidarität dieses Nordrhein-Westfalen an dieser Stelle zusammensteht. Diese vielen kleinen und großen Solidaritäten, die wir jeden Tag im Einzelnen erleben, dass Nachbarn wieder füreinander einkaufen gehen, dass Firmen ihre Produktion umstellen und auf einmal tatsächlich ganz andere Dinge, die in der Krisenlage selten geworden sind, herstellen können, das gibt mir zumindest die vorsichtige Hoffnung, das gibt mir zumindest das positive Gefühl, dass wir das zusammen durchstehen können und dass es nicht so schlimm wird, wie viele vielleicht vermuten wollen.

Ein anderer Punkt: Wir werden uns in den nächsten Wochen konstruktiv einsetzen. Wir haben auch jetzt schon einen Antrag mit 48 Punkten für das nächste Plenum auf den Weg gebracht, wie wir denken, wie wir besser über die nächste Zeit kommen werden. Trotzdem muss ein bisschen Kritik in dieser Situation erlaubt sein.

Ich kann mich noch sehr gut erinnern, weil das so schön im Kontrast steht zu der Situation jetzt, wie ich im letzten Spätsommer mit einigen Kollegen und Kolleginnen am Rhein saß – für die Dramaturgie wäre es besser gewesen, wir hätten „Corona“ getrunken, aber es war nur einfaches Kölsch – und wir darüber debattierten, wie wir in einem ganz normalen Winter im deutschen Gesundheitssystem schon am Rand unserer Möglichkeiten stehen. Wir haben uns darüber ausgetauscht, wie sich die Klinik in Krefeld, in der ich damals gearbeitet habe, über Tage abmelden musste, weil keine weiteren Intensivkapazitäten in einem ganz normalen Winter damals zur Verfügung gestanden haben. Die Kollegen aus anderen Regionen in Nordrhein-Westfalen haben mir genau das selbe erklärt.

Das war der Status damals zu Normalzeiten. Die ganz normale Grippewelle, der ganz normale Schnupfen hat unser Gesundheitssystem damals

tatsächlich schon immer in eine Situation gebracht, in der jede Klinik für sich schon immer Betten „verschieben“ musste, schauen musste, wie man damit noch auskommen konnte.

Damals – das ist ein Jahr her, wir saßen, wie gesagt, am Rhein, was heute fast utopisch anmutet – haben wir eher aus Spaß gesagt: Alle 100 Jahre kommt eine große Epidemie. Das war 100 Jahre vorher, um 1920, die Spanische Grippe; das war 100 Jahre davor eine große Cholera-Epidemie und 100 Jahre davor die letzte Pest-Welle. Wir haben damals noch miteinander geflucht nach dem Motto: Bitte, bitte, bitte lass jetzt nicht noch eine neue Epidemie über uns hereinbrechen.

Tatsache – das sagen viele Virologen schon seit Längerem –: Jedes Jahr wird der Würfel neu gerollt. Jedes Jahr mutieren Viren, permanent mutieren Viren in jedem Einzelnen, der aktuell erkältet ist oder der sich mit dem Coronavirus plagt. Aufgrund der hohen Replikationszahl des Virus, aufgrund der Art und Weise, wie dieser RNA-Streifen abgelesen wird, kommen immer wieder Mutationen vor. Von daher ist es immer auch ein Stück weit Glück, wenn so etwas nicht passiert.

Und es ist fast ein Stück weit fahrlässig, wenn man sich nicht auch in guten Zeiten darüber Gedanken macht, dass vielleicht tatsächlich die Klinik anders, als es heute oft betrachtet wird, nicht nur ein Betrieb ist, der Gewinn erwirtschaften muss, sondern tatsächlich elementar wichtige Infrastruktur ist. In der Vergangenheit haben wir oft darüber geredet, dass ein Bett in einem Krankenhaus belegt sein muss, damit man damit Geld verdient.

In diesen Tagen wirkt es fast zynisch, dass diese Gedanken im Gesundheitssystem solange en vogue waren. Denn tatsächlich merken wir jetzt: Es ist eben das Bett, das leer steht, es ist die Krankenschwester, die zu viel ist, es ist der Arzt, der vielleicht im Normalbetrieb mal Zeit für einen Kaffee hat, der in solchen Zeiten notwendig ist, um diese Krise miteinander und vernünftig zu überstehen.

(Beifall von der AfD)

Dieser Gedanke sollte uns auch dann, wenn wir die Krise überstehen – ich bin mir sicher, dass wir sie so oder so überstehen werden bei all den Grauen, die damit einhergehen –, nicht wieder verlassen. Auch dann sollten wir darüber nachdenken, dass diese Systemrelevanz bestimmter Berufsgruppen, dass diese Alltäglichkeiten, die diese Berufsgruppen mit sich bringen ...

Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, wie belastend es schon in ganz normalen Zeiten ohne eine solche Welle für das Personal ist, wenn man nachts um vier aus dem Bett geklingelt wird und am nächsten Tag trotzdem noch bis 12:00 Uhr Dienst schieben muss.

Nicht umsonst verlässt die normale Krankenschwester, verlässt der normale Krankenpfleger nach sieben Jahren den Beruf, weil die Belastung schon vor der Krise so groß war, weil dort ein so großer Druck ausgeübt wurde. Man möchte sich nicht vorstellen, wie hoch dieser Druck jetzt ist. Schon vor der Krise konnten wir den Normalbetrieb oft nur am Leben erhalten, indem viele Menschen im Gesundheitssystem und in den Ausläufen des Gesundheitssystems Außerordentliches geleistet haben.

Deswegen an dieser Stelle ein großes Dankeschön an all die, die an vorderster Front kämpfen.

Das ist ein Gedanke, der jetzt aufkommt. Man hätte schon vorher hingucken müssen, und hinterher müssen wir erst recht hingucken.

(Beifall von der AfD)

Eine letzte Ausführung – auch das ist wichtig –: Es ist immer eine Art von Balance. Wir haben eben gehört, dass die Gedankenspiele da sind. Sobald die Kurve abflacht, müssen wir auf der einen Seite wieder zu einer Form von Normalität, auch in der Wirtschaft, zurückkehren. Es ist aber andererseits ein gefährlicher Gedanke, denn es müssen erst genügend Menschen in der Gesellschaft durchimmunisiert sein, damit man die Menschen überhaupt wieder miteinander ganz normal, wie es vorher war, verkehren lassen kann. Ansonsten schließt sich direkt die nächste Erkrankungswelle an.

Das heißt also: Mit Blick auf unsere Wirtschaft auf der einen Seite und unser Gesundheitssystem auf der anderen Seite bedarf es eines gewissen Balanceakts, uns jetzt durch die nächsten Wochen irgendwie durchzuhangeln. Die Zahlen der letzten Tage haben gezeigt: Es sind extraordinäre Herausforderungen, die auf unsere Wirtschaft und auf uns als Politik und auf die Regierung hereinstürzen werden.

Ich begann mit positiven Gedanken, ich möchte auch mit positiven Gedanken schließen: Es wird jetzt viele Menschen treffen. Diese Krise ist absolut furchtbar. Aber denken wir daran, was die letzten großen Krisen mit der Menschheit gemacht haben. Denken wir daran, was nach dem Zweiten Weltkrieg passiert ist. Denken wir daran, was nach der großen Pestwelle im Mittelalter passiert ist. Wir hatten das Wirtschaftswunder, und wir hatten die Renaissance.

Wir können jetzt alle zusammen und miteinander daran arbeiten, dass wir auch über diese schweren Zeiten am Ende hinwegkommen und vielleicht irgendwann mit einer Distanz auf diese Zeit gucken und bei all diesem Schrecken feststellen: Das war vielleicht sogar der Anfang, dass wir etwas ganz Neues und Tolles miteinander geschaffen haben. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD und Christof Rasche [FDP] – Vereinzelt Beifall von der CDU)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Dr. Vincentz. – Weitere Wortmeldungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegen nicht vor. Das bleibt auch bei einem Blick in die Runde so. Dann schließe ich die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 1, der Unterrichtung durch die Landesregierung.

Ich rufe auf:

## **2 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Nachtragshaushaltsgesetz 2020 – NHHG 2020)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/8881

erste Lesung

In Verbindung mit:

### **Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise (NRW-Rettungsschirmgesetz)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/8882

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs erteile ich für die Landesregierung Herrn Finanzminister Lienenkämper das Wort.

**Lutz Lienenkämper\***), Minister der Finanzen: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Ministerpräsident Armin Laschet hat vorhin mit klaren Worten die enorme Tragweite der Coronapandemie für unser Land Nordrhein-Westfalen als Ganzes verdeutlicht. Wirtschaft und staatliche Finanzen bilden da keine Ausnahme – ganz im Gegenteil, denn wie auch sonst, sind diese schließlich nichts anderes als das Produkt der tagtäglichen Leistung von Millionen von Menschen an Rhein, Ruhr und Lippe.

Als Heimat der Sozialen Marktwirtschaft stand gerade Nordrhein-Westfalen immer für das Gegenteil einer Ellbogengesellschaft. Solidarität ist eines unserer Markenzeichen seit der Gründungszeit unter dem ersten gewählten Ministerpräsidenten Karl Arnold – Zupacken ebenfalls. Durch eigene Leistung und Arbeit gemeinsam aufsteigen zu können, das gehört zur DNA Nordrhein-Westfalens.

Um dieses Aufstiegsversprechen wieder einhalten zu können, haben wir in den letzten Jahren durch mehr Zutrauen mehr ermöglicht. Der Motor lief wieder rund. Im Landeshaushalt haben wir Überschüsse

erwirtschaftet, Vorsorge geleistet und Rücklagen geschaffen. Auch in Nordrhein-Westfalen gelang nach vielen Jahrzehnten die Haushaltswende.

(Lachen von Jochen Ott [SPD])

Durch gezielte Umschuldungen der letzten Jahre konnten wir die positiven Haushaltseffekte des anhaltenden Niedrigzinsumfeldes für die öffentliche Hand bestmöglich für Nordrhein-Westfalen nutzen. Das alles versetzt unser Land genau zum richtigen Zeitpunkt in eine finanziell starke Situation. Denn das Coronavirus hat unsere Wirtschaft wie vielerorts in der Welt fast über Nacht zu einer Vollbremsung gebracht, und zwar buchstäblich.

Wo eben noch die Produktionsbänder etwa bei Ford in Köln liefen, da ist jetzt Stillstand. Wo eben noch Millionen Menschen jeden Tag zur Arbeit in einem der über 700.000 kleinen und mittelständischen Betriebe fahren, wird nun Homeoffice oder in vielen Fällen Kurzarbeit verrichtet. Wo eben noch tolle Konzerte, Messen und Gastronomie Hunderttausende Menschen lockten, sind die Türen nun verschlossen, brechen über Nacht Umsätze und Einkommen weg, fürchten fleißige Menschen um ihre berufliche Existenz.

Ja, zu diesen vielen abrupten Veränderungen gehört sogar: Wo eben noch das Wort Ellbogengesellschaft für unsolidarisches Verhalten stand, ersetzt der ausgestreckte Ellbogen im Kampf gegen das Virus heute symbolisch den Handschlag und wird zum Zeichen der Solidarität. An vieles werden wir uns erst noch gewöhnen müssen.

Aktuell wissen wir nicht, wie lange diese Krise dauern wird und wie teuer sie wird. Aber klar ist: Wir werden die gemeinsam erarbeitete finanzielle Stärke Nordrhein-Westfalens jetzt nutzen, um die heimische Wirtschaft und damit auch deren Arbeitsplätze und Aufstiegschancen klug durch die Krise zu bringen.

Ziel ist es, die Wirtschaft auf niedriger Drehzahl am Laufen zu halten, damit das Gaspedal sofort durchgedrückt werden kann, sobald das Virus besiegt ist, wie es eine große Tageszeitung kürzlich zutreffend beschrieb. Denn das Virus unterbricht zwar für den Augenblick unser wirtschaftliches Leben und unseren Alltag, aber es verändert nicht die nordrhein-westfälische DNA: Aufstieg durch eigene Leistung und durch Arbeit bleibt weiterhin unser Ziel. Nordrhein-Westfalen soll stärker aus der Krise hervorgehen, als es hineinging. Die soziale und solide Haushaltssituation unseres Landes ermöglicht es, jetzt stark, schnell, entschieden und gemeinsam zu handeln, meine Damen und Herren.

(Beifall von Bodo Middeldorf [FDP])

Mit den beiden Ihnen vorliegenden Gesetzentwürfen tun wir ganz genau das. Wir spannen mit dem Nachtragshaushalt 2020 einen Rettungsschirm mit einem Volumen von 25 Milliarden Euro, um die direkten und

indirekten Folgen der Coronakrise zu bewältigen. Das entspricht rund 3 % des Bruttoinlandsprodukts von Nordrhein-Westfalen. Wir bilden dies bewusst, transparent und nachvollziehbar in einem eigens für diesen Zweck geschaffenen Sondervermögen im Landeshaushalt ab.

Eine solche Kraftanstrengung wird nach meiner festen Überzeugung auch den Landeshaushalt mittelfristig günstiger zu stehen kommen, als zu wenig zu tun oder zu langsam. Letzteres wäre sowohl ökonomisch als auch haushaltspolitisch falsch.

Die Mütter und Väter der Schuldenbremse hatten eine solche Notfallsituation im Blick, als sie sowohl im Grundgesetz als auch in der Landeshaushaltsordnung die Kreditaufnahme für einen solchen Fall ausdrücklich ermöglicht haben.

Natürlich hoffe ich sehr, dass wir nicht die gesamte Summe benötigen werden. Selbstverständlich gilt es, jeden geliehenen Euro über einen festen Tilgungsplan auch wieder geordnet zurückzuzahlen. Ebenso selbstverständlich setzen wir unsere sparsame reguläre Haushaltsführung weiter fort.

Unter dem Strich ist jedoch entscheidend: Wir halten die soziale Marktwirtschaft in Nordrhein-Westfalen am Leben, indem der Staat auch in der wohl größten ökonomischen Krise seit der Gründung unseres Landes die richtigen Rahmenbedingungen setzt. Sie müssen passgenau, maßgeschneidert und vor allem unbürokratisch sein, ohne Mitnahmeeffekte und ohne falsche Anreize.

Genau deshalb zeigt sich in dieser Krise auch eines: Es ist gut, dass wir den Föderalismus haben. Es ist gut, dass wir, die Länder, gezielt die wirtschaftsstrukturellen Bedingungen vor Ort passgenau berücksichtigen können. Denn diese sind in Heinsberg ganz anders als beispielsweise auf den Nordseeinseln.

So wird der nordrhein-westfälische Rettungsschirm die – ich will das ausdrücklich betonen – äußerst begrüßenswerten Programme des Bundes gezielt ergänzen.

Konkret heißt das: Wir erhöhen den Rahmen für Landesbürgschaften von 900 Millionen Euro auf 5 Milliarden Euro. Wir stellen sicher, dass Bürgschaften der Bürgschaftsbank in Form von Expressbürgschaften bis zu einer Höhe von 250.000 Euro rasch greifen, und wir dehnen die Bürgschaftsobergrenze auf 2,5 Millionen Euro aus.

Einiges, was betroffenen Firmen durch diese schwere Zeit helfen kann, haben wir in den vergangenen Tagen bereits umgesetzt und anlaufen lassen.

Die NRW.BANK hat die Bedingungen ihres Universalkredits attraktiver gestaltet und übernimmt nun schon ab dem ersten Euro bis zu 80 % des Risikos; vorher waren es 50 %.

Zudem kommt die Finanzverwaltung von Nordrhein-Westfalen betroffenen Unternehmen auf Antrag mit Steuerstundungen und der Herabsetzung von Vorauszahlungen entgegen. Ermessensspielräume werden dabei großzügig genutzt.

In der letzten Woche haben wir zwischen den Ländern und dem Bund weitere wichtige Sofortmaßnahmen abgestimmt, die auch sofort in Kraft getreten sind und den von der Krise betroffenen Unternehmen auf Antrag zur Verfügung stehen.

Wir garantieren eine zinslose Stundung der fälligen Steuern wie Einkommen-, Körperschaft- und Umsatzsteuer. Die Steuervorauszahlungen werden abgesetzt. Das gilt für die Einkommen- und Körperschaftsteuer, aber auch für die Gewerbesteuer. Von Vollstreckungsmaßnahmen wird bis auf Weiteres abgesehen. Säumniszuschläge werden erlassen.

Alle diese Maßnahmen können betroffene Unternehmer und Unternehmerinnen aus Nordrhein-Westfalen mit einem über unsere Homepage leicht abrufbaren Formular rasch und unbürokratisch an das jeweils zuständige Finanzamt übermitteln. Es handelt sich um eine einzige Seite DIN-A4-Formulartext.

(Beifall von Bodo Löttgen [CDU])

Sie kann per Post oder über das auf der Homepage des zuständigen Finanzamts verfügbare Kontaktformular per Mail zugesandt werden.

Das Ziel besteht auch kurzfristig darin, schnell Liquiditätspotenziale für die Firmen zu schaffen. So setzen wir etwa die Sondervorauszahlungen für Dauerfristverlängerungen bei der Umsatzsteuer für krisenbetroffene Unternehmen auf Antrag auf null herab. Das klingt sehr technisch. Die Wirkung ist aber nicht zu unterschätzen. Denn bereits in diesem Jahr geleistete Sondervorauszahlungen erstatten wir den Unternehmen. Allein damit werden Mittel im Umfang von mehr als 4 Milliarden Euro sofort zur Verfügung gestellt.

Wir prüfen darüber hinaus auch, wie wir das Programm, das der Bund zur Bewältigung aufgelegt hat, pass- und zielgenau auf die Besonderheiten unseres Landes zuschneiden können. Wir werden das Bundesprogramm durch ein eigenes Landesprogramm dort ergänzen, wo dies aufgrund von Besonderheiten in Nordrhein-Westfalen und im Interesse betroffener Einzel- und Kleinunternehmer, Selbstständiger sowie Kulturschaffender erforderlich ist.

Wir werden heute im Kabinett vorschlagen, in einem ersten Schritt parallel zum Bundesprogramm, das am Mittwoch vom Deutschen Bundestag beschlossen werden soll, auch Unternehmen von 10 bis 49 Mitarbeitern einen Zuschuss nach den Regeln des Bundesprogramms

(Beifall von Bodo Löttgen [CDU])

in Höhe von 25.000 Euro schnell und unbürokratisch zukommen zu lassen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vieles spricht dafür, dass die Ausbreitung des Coronavirus eine weltweite Zäsur für alle Politikfelder markiert, zuallererst für die Gesundheitspolitik.

Deswegen werden wir auch unsere Möglichkeiten des Rettungsschirms für die Krankenhäuser nutzen. Wir brauchen jedes Krankenhaus. Weil die Krankenhäuser alle möglichen Kapazitäten für Coronaerkrankte frei halten, entstehen ihnen Einnahmeausfälle. Wir wollen nicht, dass auch nur ein Haus deswegen Liquiditätsprobleme bekommt.

Deshalb werden wir in Ergänzung zum Bundesprogramm, wenn das erforderlich ist, aus dem Rettungsschirm eine Vorfinanzierung übernehmen, damit sofort Liquiditätshilfe bei den Krankenhäusern in Nordrhein-Westfalen ankommt. Wir werden auch hier passgenau die richtigen Antworten auf die große Herausforderung geben.

Änderungen gibt es auch für die Wirtschafts- und Finanzpolitik. Wenn dieses Virus irgendeine positive Folge hat, dann sicher die wachsende Einsicht, dass Kooperation und besonnenes Handeln viel besser sind als Spaltung und besinnungslose Lautstärke. Gerade Nordrhein-Westfalen steht in dieser kooperativen Tradition, wenn es darauf ankommt.

Ich bin daher dankbar dafür, dass in dieser auch haushalts- und finanzpolitischen Schicksalsstunde alle anwesenden Fraktionen ihre grundsätzliche Zustimmung zu den beiden Gesetzentwürfen signalisiert haben, und werbe an dieser Stelle ausdrücklich dafür.

Meine Damen und Herren, unser Land hat in seiner über 70-jährigen Geschichte immer wieder bewiesen, dass wir gemeinsam auch schwere Prüfungen meistern können. Diese ist zweifellos neu und so noch nie da gewesen. Aber wir in Nordrhein-Westfalen sind stark und zupackend. Die gute haushaltspolitische Ausgangssituation verschafft uns jetzt die Grundlage, auch ökonomisch den vor uns liegenden Test gemeinsam gut zu bestehen.

Lassen Sie uns dabei eng mit all den vielen zusammenarbeiten, die ihre wertvolle Hilfe für all diejenigen leisten, die sie in Nordrhein-Westfalen brauchen. Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass wir Nordrhein-Westfalen gut durch diese Krise bringen.

(Beifall von allen Fraktionen)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Lienenkämper. – Jetzt hat Herr Hübner für die SPD-Fraktion das Wort.

**Michael Hübner\*** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die eine oder andere Bemerkung hat mich ja geradezu bewogen, ein bisschen zurückzuschauen. Aber darauf verzichte ich heute. Heute müssen wir den Menschen in NRW mehr denn je Sicherheit und Orientierung geben – Sicherheit und Orientierung für die Menschen, für die Familien und für die Unternehmen, dass sie sich auf einen starken Staat verlassen können. Gemeinsam setzen wir heute ein starkes Zeichen, dass NRW handlungsfähig ist.

Das Gesetz, über das wir heute debattieren, ist zugegebenermaßen ein Blankoscheck über 25 Milliarden Euro. Diesen Rettungsschirm werden die Menschen in NRW aber brauchen. Deshalb werden wir als Sozialdemokratie diesem Rettungsschirm zustimmen. Es handelt sich um eine gute Ergänzung zu den 156 Milliarden Euro, die vonseiten des Finanzministeriums in Berlin, von Olaf Scholz, auf den Weg gebracht worden sind.

Wir wollen, dass diese 25 Milliarden Euro nicht nur eine bloße – für jeden Einzelnen von uns unvorstellbar hohe – Summe sind. Vielmehr muss klar werden, dass wir mit greifbaren Maßnahmen den vielen Menschen in NRW zur Seite stehen, die durch das Coronavirus und die Coronawirtschaftskrise betroffen sind: den Pflegerinnen, den Ärztinnen, den Kassiererinnen, den Erzieherinnen, den Lkw-Fahrerinnen, den Lehrerinnen, den Selbstständigen, den Freiberuflern und den Familien, aber auch den Studierenden.

Wir haben schon einige Hinweise gegeben, wofür wir aus unserer Sicht diese heute debattierten 25 Milliarden Euro ausgeben sollten. Drei wesentliche Punkte möchte ich dabei besonders hervorheben.

Erstens. Das Coronavirus zeigt uns in einer Situation, in der wir sehr verletzlich sind, einmal mehr, wie sehr das Gesundheitswesen und die sozialen Dienste auf Kante genäht sind. In den systemrelevanten Berufen leisten Tausende Bürgerinnen und Bürger momentan Großes. NRW muss in dieser Lage viel Geld in die Hand nehmen, um Investitionen in Krankenhäuser, in Pflegedienste oder in die Sozialwirtschaft zu tätigen.

Wir sollten aber auch vorausschauen und sagen: Wir lernen aus dieser Krise. Die betriebswirtschaftliche Effizienz, die beispielsweise zu DRGs im Krankenhauswesen geführt hat, muss wieder mehr und mehr der Menschlichkeit im Gesundheitswesen und vor allen Dingen dem Sozialwesen weichen.

Zweitens. Wir haben vonseiten des Ministerpräsidenten schon etwas zu unbürokratischen Hilfen gehört. Das Bundesfinanzministerium geht von bundesweit 1 Million Anträgen von Kleinstunternehmen und Solo-Selbstständigen aus. Das wären in Nordrhein-Westfalen, grob heruntergerechnet, 210.000 Anträge.

Sie, Herr Ministerpräsident, haben deutlich gemacht, dass die Bezirksregierungen das zu leisten haben. Ich finde, dass die Bezirksregierungen damit vor einer enormen Herausforderung stehen. Auch die Bezirksregierungen können unter Druck geraten, wenn ihre Mitarbeiter in einer besonderen Art und Weise vom Coronavirus betroffen sind und wir wollen, dass Kleinunternehmen und Solo-Selbstständige trotzdem entsprechend unterstützt werden.

Das allein zeigt, dass wir von Allüren wie „Privat vor Staat“ wegkommen müssen. Wir müssen wieder einen starken Staat bekommen, der auch in einer solchen Krise Handlungsfähigkeit beweisen kann,

(Beifall von der SPD und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

damit den Menschen schnell deutlich wird, dass dieser Staat den Menschen hilft.

Dafür brauchen wir klare Informationen und klare Anweisungen anstelle von Erlassen, die wir an einem Tag zweimal ändern und die in den Kommunen zu viel Unsicherheit führen. Wir brauchen klare Anweisungen vonseiten der Exekutive für die Bezirksregierungen.

Drittens. Unsere Städte, Herr Ministerpräsident, stehen sowohl bei der Eindämmung des Virus als auch bei dem Schutz unserer Bevölkerung und der Hilfe für die vielfältig betroffenen Menschen und Unternehmen an vorderster Front. Es geht unter anderem um die Frage einer Stundung der Gewerbesteuer. Auch dazu müssen wir heute aus diesem Rund eine klare Anweisung geben, dass es auch möglich ist, Gewerbesteuer zu stunden. In unseren Städten wird am schnellsten deutlich, welcher Bedarf und welche Handlungsnotwendigkeiten sich ergeben.

Deshalb steht für uns eines auch im Vordergrund: Wir brauchen gerade jetzt handlungsfähige Städte, und wir wollen, dass die Städte unter den Schutzschirm des Landes Nordrhein-Westfalen kommen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Ich bin überzeugt: So sind wir stark – stark genug in der Krise, um diese Krise zu bewältigen.

Meine Damen und Herren, bleiben Sie gesund. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Hübner. – Nun spricht für die CDU-Fraktion Herr Kollege Moritz.

**Arne Moritz<sup>\*)</sup>** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In den letzten Tagen haben wir alle auf

verschiedenste Weise denjenigen unsere Dankbarkeit gezeigt, die in Schlüsselfunktionen dafür sorgen, dass wir weiterhin Lebensmittel kaufen können, die ärztliche Versorgung sichergestellt ist, der Müll abgeholt wird, Strom und Wasser fließen und vieles mehr.

Auch ich danke allen ganz herzlich dafür, dass sie für unsere Gesellschaft und damit für uns alle diese wichtige Aufgabe übernehmen.

Ebenso danke ich gerade heute auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien und in der Staatskanzlei dafür, dass sie innerhalb kürzester Zeit den Nachtragshaushalt formuliert und erarbeitet haben. Denn nur wenn dieser verabschiedet wird, können wir entsprechend helfen und unterstützen und die wirtschaftliche und damit auch menschliche Not lindern.

Ich danke auch den Fraktionen für die Zusammenarbeit. Kontrovers geführte Debatten und die notwendigen Beratungszeiten gehören normalerweise zu einem funktionierenden Parlamentarismus unbestreitbar dazu. Nur befinden wir uns in einer seit dem Zweiten Weltkrieg beispiellosen Ausnahmesituation, der nicht mit den normalen Maßstäben begegnet werden kann. Gerade deshalb bin ich den Oppositionsfraktionen dankbar dafür, dass wir heute in dieser Weise verfahren können und als Parlament nun das Zeichen setzen, dass wir am selben Strang ziehen, dass es uns um dieselbe Sache geht.

Salus publica suprema lex: Das Gemeinwohl muss für die Politik das oberste Gebot sein. Heute zählen nicht nur 18 Millionen Nordrhein-Westfalen darauf, dass wir als Landesparlament unseren Beitrag zur Sicherung der Grundbedürfnisse nach Gesundheit, Versorgung und stabilen wirtschaftlichen Verhältnissen leisten. Unser Bundesland – unsere Heimat, unsere Wirtschaft, unsere Politik – verantwortet 20 %, also ein Fünftel, der Wirtschaftsleistung der Bundesrepublik Deutschland.

NRW hat eine extreme wirtschaftliche Bandbreite von kreativen und engagierten Handwerkern über den innovativen Mittelstand bis hin zu weltweit marktführenden Unternehmen.

Die Entscheidungen, die wir für die Zukunft unserer heimischen Wirtschaft treffen, betreffen auch Menschen weit über die Grenzen von NRW hinaus. Denn hier wird nicht nur für Wohlstand, Infrastruktur und Fortschritt für NRW gearbeitet, sondern auch für die daran angeschlossene bzw. vorgelagerte Wertschöpfungskette in Deutschland und Europa.

Wegen dieser herausragenden Rolle NRW als Motor der bundesdeutschen Wirtschaft kommt es in dieser beispiellosen Situation darauf an, dass wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln alles dafür tun, dass dieser Motor NRW weiterlaufen kann.

Das bedeutet, dass jeder, der einen Anteil an der Wirtschaftsleistung NRW hat, kurzfristig, schnell

und unbürokratisch auf effiziente Hilfe des Landes zurückgreifen kann. Gelten muss das für den Restaurantbesitzer und den Kulturschaffenden ebenso wie für das Kleinunternehmen, den Mittelständler und den Weltmarktführer von Ostwestfalen bis in die Eifel.

Das Land übernimmt genau dafür Verantwortung und schafft die beste Währung, die wir in Zeiten einer Krise überhaupt schaffen können. Diese Währung heißt Vertrauen. Genau das haben wir aus der Krise 2008 und der später folgenden Schuldenkrise bitter lernen müssen: Whatever it takes!

Je früher der Vertrauenszuspruch und der Rückhalt von staatlicher Seite geschaffen werden, desto geringer sind nachher die wirtschaftlichen und finanziellen Konsequenzen. Dieser Nachtragshaushalt und der Rettungsschirm mit der Kreditemächtigung von 25 Milliarden Euro drücken genau das aus.

Herr Ministerpräsident, Herr Minister der Finanzen, für diesen Vertrauensvorschuss, für den Mut, die Risiken zu übernehmen, und für dieses Signal, dass sich die Landesregierung in einer historisch einzigartigen Situation solidarisch hinter die Wirtschaft stellt und niemanden fallen lässt, danke ich Ihnen im Namen der CDU-Fraktion in aller Deutlichkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Meine Damen und Herren, es hat seitens des Landes nie weitreichendere Maßnahmen zum Schutz der Bürger und zum Schutz der Wirtschaft gegeben. Wir tun alles, um Arbeitnehmer und Arbeitgeber vor dem Kollaps zu bewahren. NRW ist bereit zum Verzicht, um damit alles möglich zu machen.

So schmerzlich der Verzicht in den kommenden Wochen auch sein wird und so groß die Herausforderungen auch sein werden, appelliere ich an die Menschen in Nordrhein-Westfalen: Die Politik ist bereit, sich mit aller Kraft gegen die Krise zu stemmen. Das kann und wird dann erfolgreich sein, wenn jeder Einzelne von uns sich an die erlassenen Regeln und Maßnahmen hält und mit Besonnenheit und Vernunft sein Verhalten an die veränderte Situation anpasst. Unser Bundesland braucht jetzt den Beitrag jedes Einzelnen.

Mit einem Blick in die Zukunft möchte ich für die Fraktion der CDU noch sagen: Wir vertrauen darauf, dass wir nach der Krise zu alter Stärke zurückfinden werden. NRW hat unglaubliches Potenzial. Wir sind kreativ, belastbar, strebsam, fleißig und innovativ. Dieses Potenzial werden wir auch in Zukunft abrufen und Wohlstand und Fortschritt mehren. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen beste Gesundheit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Moritz. – Nun spricht Frau Düker für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Monika Düker**<sup>\*)</sup> (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wie gerade schon in der Grundsatzdebatte ausgeführt, begrüßen wir die Maßnahmen der Landesregierung. Wir werden sowohl dem Rettungsschirmgesetz als auch dem Nachtragshaushaltsgesetz zustimmen.

Wir sehen, dass in vielen Bereichen die notwendigen Entscheidungen getroffen wurden. Die steuerlichen Maßnahmen sind bereits angelaufen. Ich konnte selbst anhand einiger Beispiele zur Kenntnis nehmen, dass die Steuerberater ihre Klienten schon Ende der Woche darauf aufmerksam gemacht haben, dass jetzt Anträge gestellt werden können. Insofern fließen die Informationen bereits.

Ich finde es, ehrlich gesagt, auch bemerkenswert – das muss man heute einmal festhalten –, dass es die Steuerverwaltung schafft, ein Formular auf eine Seite zu reduzieren

(Heiterkeit von der SPD)

und dieses Formular direkt online zur Verfügung zu stellen. Das finde ich bemerkenswert.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Insofern gebührt unserer Steuerverwaltung großer Dank für diese sensationelle Leistung. Denn ein Antrag auf Kurzarbeitergeld umfasst derzeit sechs Seiten, und es sind umfangreiche Nachweise zu erbringen. Beispielsweise muss dargelegt werden, ob das Unternehmen rentabel war. Außerdem muss noch dieses und jenes beigefügt werden. Damit werden riesige Hürden aufgebaut. Da ist unsere Steuerverwaltung hier mal richtig unbürokratisch und gut am Start.

Wir begrüßen und unterstützen auch, dass die Liquiditätsversorgung jetzt schnell erfolgen soll, was insbesondere den erhöhten Bürgschaftsrahmen angeht.

Wir müssen allerdings sehen, dass die Hausbanken da an ihre Grenzen stoßen. Insofern geht es nicht nur darum, dass die Steuerverwaltung unbürokratisch arbeitet. Vielmehr müssen auch die Hausbanken klare Vorgaben seitens der Bankenaufsicht bekommen, damit die Bürgschaften und die Kredite auch schnell zur Verfügung gestellt werden können.

Aus unserer Sicht wird es unter Umständen noch Erweiterungen geben müssen. Es mehren sich in vielen Stellungnahmen die Stimmen dahin gehend, dass neben der Liquiditätsversorgung auch eine Stärkung des Eigenkapitals erfolgen muss, da ein hohes Eigenkapital häufig Voraussetzung ist, um bei den Banken Kredite zu bekommen. Das wird sich auf der Strecke zeigen.

Deswegen brauchen wir – Herr Minister, das ist unsere große Bitte an Sie – ein höchstmögliches Maß an Flexibilität, um die Dinge im Vollzug auch anpassen zu können und dort, wo Lücken sind, gegebenenfalls nachsteuern zu können. Das ist aus unserer Sicht dringend notwendig.

Ansonsten begrüßen wir ebenfalls, dass, wie der Minister heute noch einmal erwähnt hat, aus dem Rettungsschirm auch Krankenhäuser ergänzend zum Bundesprogramm Unterstützung erfahren sollen. Auch hierzu mehrten sich die Hilferufe. Im Übrigen weiß ich nicht, ob inzwischen auf Bundesebene sichergestellt wurde, dass auch der Reha-Bereich Unterstützung erfährt. Vielleicht kann das Land diesbezüglich auf Bundesebene tätig werden.

Diese Erweiterungen werden aus unserer Sicht durch die relativ offene Formulierung der beiden Gesetzentwürfe ermöglicht. Sie sind auch dringend notwendig. Das habe ich schon vorhin in der Grundsatzdebatte ausgeführt.

Unsere soziale Infrastruktur braucht eine Stärkung. Auch hier dürfen wir Träger und Kommunen nicht alleine lassen. Ich erwähne noch einmal ausdrücklich die von Gewalt betroffenen Frauen und die Inobhutnahmen. Selbstverständlich ist Jugendhilfe eine kommunale Aufgabe. An den Strukturen will auch niemand etwas ändern, auch nicht an den Trägerstrukturen. Aber die Träger stoßen gerade an die Grenzen der Finanzierung. Daher muss überlegt werden, wie den Trägern unbürokratisch geholfen werden kann.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Die Gewerkschaften – uns erreichen beispielsweise Stellungnahmen von ver.di – sagen, dass sie unter Umständen einen Rettungsschirm für die Beschäftigten brauchen. An dieser Stelle weise ich noch einmal darauf hin, dass Kurzarbeitergeld immer auch eine existenzbedrohende Situation auslösen kann, ebenso wie Kündigungen aufgrund von Insolvenzen. Also brauchen wir auch hier unter Umständen Landesmittel.

Die Kommunen – das will ich noch einmal hervorheben; Kollege Hübner hat es dankenswerterweise auch ausgeführt – sagen uns, dass sie in eine Krise kommen werden. Sie berichten, dass schon jetzt Rückzahlungen für zu viel gezahlte Gewerbesteuer aus diesem Jahr anstehen. Aufgrund der Stundungen, die Sie richtigerweise angeregt haben, sind in diesem Jahr unter Umständen keine Einzahlungen mehr zu erwarten. Auch der kommunale Anteil an der Einkommensteuer oder an der Umsatzsteuer droht einzubrechen.

Ebenso haben die Kommunen die Kosten der Unterkunft zu einem großen Teil zu tragen. Bei einem größeren Kreis der Hilfsberechtigten werden auch hier die Ausgaben steigen.

Die Kommunen verzeichnen also sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben. Dafür werden sie auf der Strecke ebenfalls einen Rettungsschirm benötigen. Wir sehen Möglichkeiten, das mit diesem Nachtragshaushalt und diesem Rettungsschirm gegebenenfalls auch mit abzudecken.

Als letzten Punkt, der uns ebenfalls wichtig ist, möchte ich hier das Konjunkturprogramm erwähnen. Jetzt leisten wir Nothilfe. Wir sind sozusagen die Feuerwehr. Das ist auch richtig. Man muss auf Sicht fahren und dann nachsteuern. Alles das ist in Ordnung.

Allerdings werden wir die Wirtschaft lange und nachhaltig durch Investitionsprogramme stärken müssen. Jetzt kommt es darauf an – darauf weise ich in dieser Debatte zum Nachtragsaushalt nochmals hin –, dass letztendlich zielgerichtete Investitionsprogramme aufgelegt werden.

Wir wissen zum Beispiel, dass in den Kommunen nach wie vor großer Bedarf an Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung besteht. Hier müssen dringend Investitionen getätigt werden. Mit solchen Investitionen können wir nach der Krise die Wirtschaft nachhaltig stärken, aber auch die nötigen Maßnahmen für die Transformation unserer Wirtschaft unterstützen. Auch das sollten wir bei aller Hektik und allem schnellen Handeln jetzt nicht aus dem Blick verlieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der Vollzug – die Vorredner haben es angesprochen – wird ein Riesenproblem sein, bedenkt man, dass meines Wissens rund 600.000 kleine Unternehmen ergänzende Zuschussmöglichkeiten dieses Rettungsschirms potenziell in Anspruch nehmen könnten. Wenn morgen auch nur die Hälfte dieser Unternehmen Anträge stellt, ist mir ein großes Rätsel, wie die Bezirksregierungen das schultern sollen.

Herr Pinkwart, nehmen Sie sich ein Beispiel an der Steuerverwaltung. Die Steuerverwaltung schafft das auf einer Seite. In Ihrem Haus sollte es doch auch möglich sein,

(Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Da sind wir dran!)

die Beantragung so unbürokratisch sicherzustellen. Denn das kann ansonsten nicht abgewickelt werden.

Auch hier mahne ich noch einmal an: Für die Betroffenen geht es jetzt um jeden Tag und darum, dass die Mittel auch wirklich da ankommen, wo sie benötigt werden.

Wir stimmen beiden Gesetzentwürfen zu und hoffen, dass wir auf der Strecke im Dialog bleiben. Wir bieten als Opposition unsere Mitarbeit an, erwarten aber auch, dass die Dinge, die an uns herangetragen werden und die wir dann noch einmal vortragen, von der

Regierung sorgfältig auf Umsetzbarkeit geprüft werden. – Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Danke schön, Frau Düker. – Jetzt hat Herr Witzel für die FDP-Fraktion das Wort.

**Ralf Witzel (FDP):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Bürger unseres Landes und in weiten Teilen der Welt sind aktuell mit einer außerordentlichen Notsituation konfrontiert. Das Coronavirus bedroht Leib und Leben etlicher Menschen. Viel zu viele sind schon erkrankt und über 15.000 sogar bereits verstorben.

Unser tiefes Mitgefühl gilt allen Angehörigen und unserer herzlichen Dankeschön all denen, die tagtäglich, oft bis zur eigenen Erschöpfung, in der kritischen Infrastruktur bei der Bewältigung der Pandemie und ihrer Folgen mithelfen. Die dort Beschäftigten leisten Großartiges und verdienen dafür unsere höchste Anerkennung.

(Beifall von der CDU, der FDP, Monika Düker [GRÜNE] und Roger Beckamp [AfD])

Eine Bekämpfung der Pandemie ist nur durch eine Reduzierung der Neuansteckungszahlungen möglich. Die sozialen Kontakte der Bürger müssen deshalb auf das notwendige Minimum reduziert werden. Deshalb haben das Land und die Kommunen in Nordrhein-Westfalen weitreichende Einschränkungen im Leben der Menschen beschlossen. Millionen können nicht zur Arbeit, nicht zur Schule oder in die Kita, ins Theater oder ins Kino, und viele Geschäfte sind geschlossen.

Diese Maßnahmen sollen Menschenleben retten. Sie schränken aber auch die persönliche Freiheit des Einzelnen ein und haben fatale Auswirkungen auf die Wirtschaft unseres Landes.

Große Unternehmen sind ebenso betroffen wie kleine Betriebe, Geschäfte, Gastronomie, Freiberufler und Solo-Selbstständige. Die staatlichen Betriebsverbote richten dort immense Vermögensschäden an, wenn aktuelle Umsätze vollständig ausfallen und sogar zukünftiges Geschäft durch Storno entfällt, aber vertragliche Fixkosten bestehen bleiben.

Zahlreiche Arbeitgeber haben deshalb bereits Kurzarbeit oder Insolvenz anmelden müssen, und unzählige Beschäftigte fürchten um ihren Arbeitsplatz. Verbindlichkeiten gegenüber Personal, Vermietern und Lieferanten können vielfach von Betriebsinhabern heute kaum noch bedient werden.

Es handelt sich nach Erwartungen von Ökonomen um die größte Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Deren Ausbruch kommt völlig unerwartet und hat ein

noch unbekanntes Ausmaß. Die Bundesbank prognostizierte deshalb erst gestern eine ausgeprägte Rezession mit Einbrüchen bei Binnennachfrage und Exportgeschäft von anhaltender Dauer. Das renommierte ifo-Institut hat verschiedene Szenarien berechnet, denen zufolge eine Wirtschaftsleistung zwischen 250 und 500 Milliarden Euro ausfällt und ein wirtschaftlicher Rückgang um bis zu 10 % gut vorstellbar ist.

Für die bestmögliche Bewältigung dieser Krise muss deshalb schnell alles Notwendige unternommen werden, um unsere Unternehmen, die Selbständigen in unserem Land, Vereine, Einrichtungen und Dienstleister für die Folgen der staatlich verordneten Stilllegung zu entschädigen.

So gilt es heute, mit einem Rettungspaket in historischem Ausmaß den Betroffenen zu helfen, die ohne eigenes Verschulden durch direkte Betätigungsverbote oder mittelbare Folgen der Coronakrise existenzgefährdet sind. Diese Hilfe ist notwendig, um das wirtschaftliche Überleben zu sichern, den Bankrott oder die Verstaatlichung von Unternehmen zu verhindern und damit auch die plurale, mittelständische Struktur in unserer Marktwirtschaft zu erhalten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer die Verstaatlichung ganzer Branchen verhindern und private Existenzen sichern will, der muss jetzt handeln.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es sind gerade die Privatwirtschaft und der Mittelstand gewesen, welche die ökonomische Basis für die Hilfen, die jetzt benötigt werden, erarbeitet haben. Öffentliche Hilfen müssen dabei betrieblich notwendig und ohne Fehlanreize oder Mitnahmeeffekte ausgestaltet sein, beispielsweise durch nachträgliche Prüfungen, die bei Falschangaben auch Sanktionen bewirken.

Unser übergeordnetes Ziel ist es, die Grundlagen der Wirtschaft und unseres Wirtschaftssystems zu bewahren, unverschuldete Marktaustritte zu vermeiden und der Wirtschaft die notwendigen Impulse zu geben, damit direkt nach Ende der Krise mit der Wiederaufnahme des wirtschaftlichen Lebens begonnen werden kann.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Es bleibt nicht so wie vorher!)

Mit der Einrichtung eines Sondervermögens von bei Bedarf bis zu 25 Milliarden Euro wird der nordrhein-westfälische Landtag heute ein Hilfsprogramm von historischer Dimension beschließen und damit für die Menschen in unserem Land Handlungsfähigkeit und Verlässlichkeit dokumentieren. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist in diesen Zeiten ganz wichtig, auch für die Stabilisierung und Akzeptanz der parlamentarischen Demokratie.

Dieser NRW-Rettungsschirm ist nach den Grundsätzen der Schuldenbremse gedeckt, die eine Kreditaufnahme bei außergewöhnlichen Notsituationen ausdrücklich vorsieht. Die Hilfen müssen jetzt zeitnah und daher unbürokratisch gewährt werden. Damit dieser Prozess schnell, strukturiert und effizient erfolgt, sind klare Kriterien und Prinzipien für den Mittelinsatz zu entwickeln.

Die Landeshilfen sollen dabei gerade die Lücken schließen, die der Bund hinterlässt, sie werden also strukturell komplementär zu den Bundesmitteln sein. Ich will Ihnen das anhand einiger Beispiele verdeutlichen.

Erstens. Die nordrhein-westfälische Finanzverwaltung verbessert die Liquidität der Betriebe in einer beachtlichen Größenordnung von vielen Milliarden durch Steuerstundung und Verzicht auf Säumniszuschläge, Vollstreckung oder Umsatzsteuervorauszahlungen. Der daraus resultierende Steuereinnahmeausfall muss im Haushalt ausgeglichen werden.

Zweitens. NRW leistet Soforthilfen für Betriebe mit 10 bis 50 Beschäftigten, für die der Bund keine unmittelbare eigene Unterstützung vorsieht. Das halten wir politisch und natürlich auch ökonomisch für ausgesprochen sinnvoll. Kleine und mittlere Unternehmen sind seit Jahrzehnten – gerade in Nordrhein-Westfalen – Träger unseres wirtschaftlichen Erfolges. Sie erbringen immense Leistungen für Wohlstand, Ausbildung und Beschäftigung. Deshalb wollen wir diese auch erhalten.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Drittens. Nordrhein-Westfalen setzt gerade in Zeiten der Krise auch auf Gründerförderung und führt die Programme fort, damit in unserem Land keine Innovation, die wir in den nächsten Monaten doch so dringend benötigen, verlorengeht.

Viertens. Auch eine Erhöhung des Volumens von Landesbürgschaften ist ganz wichtig. Das machen wir mit einem Sprung auf 5 Milliarden Euro – das ist eine Steigerung von über 550 % –, um Liquidität zu erhalten.

Ich sage deshalb ganz klar: Niemand in unserem Land braucht ein schlechtes Gewissen zu haben, diese Hilfen in Anspruch zu nehmen, wenn die jeweiligen Voraussetzungen der Gewährung individuell erfüllt sind.

Aufgrund des noch ungewissen Ausmaßes der Krise und der sich ständig wandelnden Herausforderung brauchen wir Flexibilität für die verantwortlichen Ressorts der Landesregierung bei der Bewirtschaftung des Rettungsfonds – sie haben unser Vertrauen verdient –, damit diese handlungsfähig sind.

Im Gegenzug erwarten wir die notwendige Transparenz. Ab einem zu definierenden Schwellenbetrag soll eine regelmäßige Beteiligung des Haushalts-

und Finanzausschusses des nordrhein-westfälischen Landtags an den Ausgabeentscheidungen erfolgen, verbunden mit einer Berichterstattung an den Landtag zur konkreten Ausgestaltung der Hilfen sowie deren Ausgabevolumina und Wirksamkeit.

Den Vorschlägen des Landesrechnungshofs zur Mittelverwendung stehen wir offen gegenüber, beispielsweise Maßnahmen, ab einem gewissen Volumen eine regelmäßige Evaluation der Wirksamkeit vorzusehen.

Zur Wahrheit gehört auch: Dieses Rettungspaket, das die Folgen des aktuellen Shutdowns in Teilen kompensieren soll, wird alleine nicht ausreichen, alle wirtschaftlichen Einbußen wieder wettzumachen und sämtliche damit verbundene Probleme zu lösen.

Es sind zeitnah noch zahlreiche Begleitmaßnahmen zur Bekämpfung der Krise zu beschließen, vor allem im Bundesrecht. Dazu gehört beispielsweise die Modernisierung der strikten Bankenregulatorik, die sich derzeit eher als lösungshemmend erweist, sowie eine Flexibilisierung im Arbeitsrecht. So sollten etwa Arbeitnehmer, die durch Betriebsschließungen jetzt ohne Tätigkeit sind, sofort in den Dienstleistungsbereichen tätig werden können, die aktuell für die Versorgung der Bevölkerung besonders wichtig sind.

Um die Konjunktur nach Ende der Coronakrise wieder anzukurbeln, brauchen wir ferner ein bundesweites Entfesselungsgesetz,

(Monika Düker [GRÜNE]: Um Gottes willen! –  
Marc Herter [SPD]: Völlig am Thema vorbei!)

das es ermöglicht, Investitionsvorhaben schnell und unbürokratisch in Angriff zu nehmen, damit Initiativen nicht jahrelang in der Genehmigungsbürokratie erstickt werden. Investitions- und beschäftigungshemmende Überregulierungen sind zumindest vorübergehend auf ein notwendiges Minimum zu begrenzen, sonst kommt unsere Wirtschaft nicht wieder in Schwung.

Dringlich ist ferner eine bundesweite Strategie, um durch Fortschritte bei der medizinischen Versorgung und deren Kapazitäten sowie Diagnostik eine Wiederaufnahme der Wirtschaftstätigkeit zu ermöglichen. Alle coronabedingten Folgen und Schäden werden wir mit diesem Nachtragshaushalt nicht lösen können.

Wir wünschen uns aus humanitären Gründen nichts mehr, als dass schnell medizinische Lösungen im Kampf gegen die Pandemie gefunden werden. Je schneller und besser dies gelingt, desto weniger werden wir alle angedachten Maßnahmen benötigen. Es wäre daher in jeder Hinsicht wünschenswert, wenn die heute zu beschließende Nettokreditaufnahme von 25 Milliarden Euro erst gar nicht in voller Höhe benötigt würde und damit die heute junge Generation mit der Rückzahlung nicht bis in das Jahr 2070 beschäftigt wäre.

Zeiten der Krise müssen immer auch Zeiten des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Handlungsfähigkeit des Parlamentarismus sein. Sie sind kein guter Aufhänger für Parteipolitik.

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

In diesem Sinne würde ich mich freuen, wenn wir heute im Hohen Haus zu einem gemeinsamen Verständnis kommen würden, welche Hilfen für die Menschen in unserem Land jetzt notwendig, sachgerecht und angemessen sind.

An der FDP-Landtagsfraktion wird jedenfalls kein vernünftiger Vorschlag scheitern, die Coronakrise in unserem Land gemeinsam zu überwinden. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Witzel. – Nun spricht Herr Wagner für die AfD-Fraktion.

**Markus Wagner (AfD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Welt – und damit auch unser Land – befindet sich in einer so nie dagewesenen Ausnahmesituation. Die Menschen werden von einer Coronainformationsflut erschlagen, die sie zunächst einmal filtern und sortieren müssen. Was hilft wirklich gegen Corona? Was ist angemessen? Warum entscheidet die Politik alle zwei Tage neu? Wieso sind andere Länder möglicherweise schneller und erfolgreicher? Warum gilt das, was gestern noch als unmöglich galt, heute als zwingend?

Als sei dies nicht schon genug, haben die Menschen auch noch ganz persönliche, existenzielle Sorgen. Was passiert mit meiner Mutter oder mit meinem Vater? Wie funktioniert die Betreuung meiner Kinder? Habe ich im nächsten Monat noch genug Geld für die Miete? Behalte ich meinen Arbeitsplatz? Reichen die Ersparnisse und Vorräte, und wie lange soll das eigentlich noch gut gehen?

Vor diesem Hintergrund kann ich meine Rede nicht anders beginnen, als der großen Mehrzahl im Volk für die Ruhe und Besonnenheit, mit der die Allermeisten bisher auf diese Ausnahmesituation reagieren, zu danken.

Es ist großartig, wie sich die übergroße Mehrheit der Bürger verhält. Alte und Kranke erhalten Unterstützung aus der Nachbarschaft, über die sozialen Medien bieten sich die Bürger gegenseitig Hilfe an. Diese Eigenverantwortung und Eigeninitiative sind wesentliche Erfolgsfaktoren für eine liberale Ordnung. Wo immer dies möglich ist, hat die Politik dies daher zu fördern und sich zu bedanken. Meinen

Dank an die Menschen will ich zugleich mit dem Appell verbinden: Bleiben Sie weiter so ruhig und besonnen.

Die Aufgeregtheit der Politik, die ständigen Kehrtwenden – sie sind auch der Situation geschuldet –, die Unterschiede zwischen den Bundesländern und die Differenzen zwischen den einzelnen Staaten der Welt sollten Sie so wenig wie möglich verunsichern, auch wenn es einem die Politik oft schwermacht.

Wenn ich schon dabei bin, Danke zu sagen: Das gilt natürlich ganz besonders für all die Krankenschwestern und Polizisten, die Ärzte und Erzieherinnen, die Ordnungsämter, Apotheker, die Müllwerker, die Arbeitnehmer in der Energieversorgung, die Verkäuferinnen in unseren Lebensmittelmärkten und all die anderen, die jetzt weiter ihren Dienst in unserem Land und für unser Land und seine Menschen leisten.

(Beifall von der AfD)

Immer wieder habe ich hier gefordert, dass sich das finanziell auszahlen muss, und wurde daraufhin auch von Ihnen gerne mal als „rechts“ bezeichnet. Ich hoffe, liebe Kollegen von CDU, SPD, FDP und Grünen, dass sich der Gedanken spätestens jetzt auch bei Ihnen durchsetzt. Aus einigen Reden meiner Vorredner war das ja bereits herauszuhören.

Meine Damen und Herren, wir sollen nun heute auf Wunsch der Landesregierung binnen eines Tages über neue Kreditlinien in Höhe von 25 Milliarden Euro entscheiden, um die schlimmsten direkten und indirekten Folgen der Coronakrise zu lindern. Ich will vorweg sagen: Ja, wir stimmen dem zu. Es ist nachvollziehbar und richtig, in dieser Situation zunächst einmal Geld für die nötigsten Maßnahmen bereitzustellen. Es ist richtig, dass wir vorbereitet sind und in den nächsten Monaten nicht in die Lage geraten dürfen, aufgrund der zu erwartenden massiven Ausfälle von Steuereinnahmen die Gehälter von Polizisten, Richtern und Krankenschwestern nicht mehr bezahlen zu können.

Aber – und das gehört auch dazu – unser Ja ist nicht bedingungslos. Der von der Landesregierung eingebrachte Nachtragshaushalt über 25 Milliarden Euro auf Kredit ist bisher weitgehend unspezifiziert. Das stellen nicht nur wir fest, sondern auch der unabhängige Landesrechnungshof. Sie haben noch keine klare und konkrete Vorstellung davon, wie wir diese Krise schnellstmöglich eindämmen und den Menschen helfen können. Nicht einmal die Zahl von 25 Milliarden Euro selbst ist sicher, geschweige denn, was im Einzelnen damit ausgeglichen werden soll.

Klar ist nur: Wir werden es mit massiven Steuermindereinnahmen zu tun haben, und insbesondere der

Klein- und Mittelstand und die dort Beschäftigten bedürfen nun klarer, schneller und unbürokratischer Hilfe.

Verstehen Sie mich nicht falsch. Natürlich kann man nicht jeden Posten en détail auf den Euro genau absehen, aber ich hätte seitens der Landesregierung doch deutlich mehr Konkretheit erwartet. Auch darin bin ich mir mit der Präsidentin des Landesrechnungshofs einig.

Für uns als AfD-Fraktion sind folgende Punkte ganz wesentlich mit unserer Zustimmung verbunden.

Erstens. Wir benötigen eine klare Priorität bei den Selbständigen mit kleinen Betrieben und deren Beschäftigten: Taxifahrer, Kleingastronomen, Friseure und Kosmetikerinnen, Kellner, Handwerker, Freelancer und Freiberufler. Wir als Schutzmacht gerade auch dieser Menschen werden genau darauf achten, wofür welches Geld ausgegeben werden soll.

(Beifall von der AfD)

Wir benötigen jetzt eine schnelle und unbürokratische Hilfe für diese Menschen.

Wie lange sollen zum Beispiel eine Friseurin oder eine freiberufliche Grafikerin mit 60 % Kurzarbeitergeld überleben? Wie sollen sie ihre Miete bezahlen, wo doch das Trinkgeld vollständig ausfällt und ihr Lohn und im schlimmsten Fall ihr Arbeitsplatz in Gefahr sind?

Es hilft auch nicht, wenn neunmalkluger Politiker die nicht gezahlten Mieten bei dem Vermieter auflaufen lassen wollen, der damit aber doch die in Rede stehende Wohnung abbezahlt.

All das lässt sich eine kurze Zeit lang, vielleicht vier oder fünf Wochen, durchhalten. Bis dahin müssten wir aber eigentlich damit durch sein; denn sonst erleben wir weit mehr als nur eine schwere Rezession.

Zweitens. Wir erwarten, dass die Landesregierung das Parlament und den Finanzausschuss angemessen beteiligt. Es darf nicht sein, dass wir das Recht des Parlaments in diesen Fragen schleifen. Dass die Landesregierung mehr oder weniger ohne Kontrolle mal eben 25 Milliarden Euro – oder einen Teil davon – nach Gutdünken verteilt, werden wir ganz sicher nicht durchgehen lassen. Auch eine Krise darf nicht zu einer Aushöhlung der Demokratie führen.

(Beifall von der AfD)

Drittens. Die abgerufenen Kredite sind vor allem eines, nämlich – natürlich – auf Pump finanziert und damit Schulden.

Für uns als AfD ist ganz wesentlich, dass diese Schulden auch wieder getilgt werden. Leider ist unser Vertrauen in die Landesregierung aufgrund ihrer bisherigen Haushaltspolitik diesbezüglich mehr als gering. In diesem Haushaltsjahr hat sie trotz Nullzinspolitik und trotz massiver Steuereinnahmen so gut

wie nichts getilgt. Wir werden immer wieder einfordern, dass Schulden auch beglichen werden.

Viertens. Alle Maßnahmen müssen dazu dienen, die Krise nun so schnell und nachhaltig wie möglich zu überwinden, ohne weitere Fehler zu begehen.

Daher werden wir für das Plenum in der kommenden Woche einen 48-Punkte-Plan vorlegen, der ganz konkret gegen die Pandemie und für die Wirtschaft und damit für die Menschen wirkt. Ohne zu sehr vorzugreifen: Wir wollen unter anderem Menschen in Grundrente mit Direktzahlungen unterstützen, die Vorauszahlung der Einkommensteuer für Selbstständige aussetzen, das Kurzarbeitergeld vereinfachen und ausweiten, den Bargeldbestand an EC-Automaten sichern und die Sicherheit der Mobilfunknetze gewährleisten, damit wir wenigstens noch online gehen und unsere Liebsten anrufen können.

Meine Damen und Herren, diese Krise bietet aber auch die Chance, im Landeshaushalt zu sparen. Überflüssiges und Unsinniges kann, muss jetzt endgültig weg. Ein haushalterisches „Weiter so“ passt spätestens jetzt nicht mehr in die Zeit. Sachlich richtig war es ohnehin nie.

Sie ist auch eine Chance, die Globalisierung menschenfreundlicher zu gestalten. Die Ansichten, nach denen die kleinen Einheiten – die Familie, die Nachbarschaft, die Stadtgesellschaft und auch die Nation – als angeblich von gestern denunziert wurden, haben sich als nicht krisentauglich erwiesen.

(Beifall von der AfD)

Keine Chance darf die Coronakrise hingegen für diejenigen darstellen, die davon profitieren wollen. Das gilt für jene, die das, was sie schon immer wollten, nun unter dem Mantel der Pandemie durchdrücken wollen – seien es die Abschaffung des Bargeldes, andere die Bürgerrechte ungebührlich einschränkende Maßnahmen oder eine europäische Haftungsunion. Das gilt auch für diejenigen, die die Epidemie nun als willkommenen Sündenbock für eine Rezession, die ohnehin – wenn auch nicht derart massiv – bevorstand, als Begründung einer sparerfeindlichen Nullzinspolitik oder für was auch immer es solchen Politikern gerade gelegen erscheint ausnutzen.

Stattdessen müssen wir gemeinsam, realistisch und positiv an die Sache herangehen. Helfen Sie Ihren Nachbarn, unterstützen Sie unverschuldet in Not geratene Obdachlose. Wenn Ihr Restaurant um die Ecke einen Lieferdienst eingerichtet hat, dann nutzen Sie ihn, sofern Sie noch ein volles Gehalt bekommen. Gehen Sie nach der Krise zum Friseur, gehen Sie ein Bier trinken, unterstützen Sie die Selbständigen mit kleinen Betrieben und damit Ihre Arbeitnehmer vor Ort.

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

Vor allem: Bleiben Sie weiterhin so ruhig und besonnen. Viele von uns sind nun 24 Stunden, 7 Tage die Woche zu Hause. Das kann für Alleinstehende Einsamkeit bedeuten. Dort, wo keine medizinischen Risiken bestehen, rufe ich Sie dazu auf, sich zu kümmern. Zeigen Sie den Betroffenen, dass sie nicht alleine sind.

Für Menschen in Beziehungen und mit Familie bedeutet die Zeit vor allem laufende Kompromisse mit dem Partner. Was anfangs noch wie ein Kurzurlaub daherkommt, kann schnell zum Lagerkoller werden. Halten Sie zusammen. Dafür bedarf es oftmals einer lange nicht mehr gekannten Geduld. Es bedarf der Rücksicht, der Nachsicht und des Langmutes. Ich wünsche mir, dass die gemeinsame Zeit, die viele Paare jetzt miteinander verbringen, in neun Monaten zu viel mehr Kindern und nicht zu mehr Scheidungen führt. Lassen Sie uns gemeinsam das Beste daraus machen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der AfD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Wagner. – Jetzt spricht für die SPD-Fraktion Herr Kollege Zimkeit.

**Stefan Zimkeit\*** (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Anmerkung vorweg: Wer glaubt, die wirtschaftlichen Folgen dieser Krise mit nationalstaatlichen und nationalistischen Lösungen beheben zu können, der ist auf dem total falschen Weg. Das wird nicht funktionieren.

(Beifall von der SPD und Bernd Petelkau [CDU])

Wir haben zu Recht sehr viel über die Unsicherheit der Menschen gesprochen: über die Unsicherheit in Bezug auf die gesundheitlichen Folgen, über Ängste – sogar lebensbedrohliche Ängste –, aber vor allen Dingen auch über die wirtschaftlichen und existenziellen Folgen.

Dieser Rettungsschirm sieht Lösungen insbesondere für Selbstständige und die Wirtschaft vor. Dies geschieht durch Bund und Land, und das ist wichtig und richtig. Das darf aber nicht alles sein, weil wir auch einen Rettungsschirm für das Zusammenleben der Menschen in unserer Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen brauchen.

Wir haben im Rahmen der Anhörungsverfahren viele Hinweise bekommen. Wir wurden auf viele Ängste aufmerksam gemacht, und es wurden viele Ansprüche an uns formuliert. Es ist meiner Meinung nach unsere Aufgabe, auch diesen Menschen die Ängste zu nehmen – soweit das möglich ist – und ihnen klare Signale zu senden.

Das gilt für Beschäftigte, insbesondere jene in den jetzt besonders belasteten Bereichen, für ehrenamtlich Tätige in Vereinen und Organisationen, für das Gesundheitswesen und die Menschen, die dort tätig sind, für die Wohlfahrtsverbände und die sozialen Dienste. All diese brauchen dringend ein Signal, dass auch ihnen geholfen wird.

Wir haben Ihnen Vorschläge vorgelegt, um dies sicherzustellen. Wir bitten Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Vorschläge aufzugreifen.

(Beifall von der SPD)

Mit den Vorschlägen, die wir Ihnen vorlegen, blicken wir an zwei Stellen etwas weiter in die Zukunft.

Dazu zählt zum einen der Tilgungszeitraum für das Sondervermögen. Der gewählte Zeitraum von 50 Jahren belastet nicht nur eine Generation – was wir für angemessen halten –, sondern auch noch eine zweite. Wir – wie viele andere, die sich dazu geäußert haben – halten diesen Tilgungszeitraum in dieser Form für zu lang und bitten, darüber nachzudenken, ihn auf eine angemessene Zeit, zum Beispiel auf 30 Jahre, zu verkürzen.

Wir sehen es aber als viel wichtiger an, uns auch darauf vorzubereiten, dass solche Krisensituationen zukünftig wieder entstehen können. Wir müssen unser Gesundheitssystem besser auf solche Krisensituationen vorbereiten. Dazu bedarf es unter anderem Investitionen in die Krankenhäuser, auch im Hinblick auf deren zukünftige Aufstellung.

Wir schlagen vor, die Möglichkeit zu eröffnen, aus diesem Rettungsschirm auch entsprechende Maßnahmen, die in die Zukunft gerichtet sind, zu finanzieren, um unser Gesundheitssystem auf mögliche kommende Krisen besser vorzubereiten.

(Beifall von der SPD)

Die Fraktionen haben gemeinsam deutlich gemacht, dass das Parlament handlungsfähig bleiben und die Beteiligung des Parlaments bei der Umsetzung dieses Sondervermögens sichergestellt werden muss, insbesondere bei der Verausgabung des Geldes.

Für uns bleibt der zentrale Ort der Diskussion darüber das Parlament. Deswegen haben wir Ihnen Vorschläge vorgelegt, um das sicherzustellen. Dies muss in unserem gemeinsamen Interesse liegen. Immer dann, wenn es möglich ist, müssen Entscheidungen über die Verausgabung dieser Mittel hier in diesem Raum fallen. Wenn das nicht geht, dann sind die Ausschüsse gefragt. Wir bitten Sie im Sinne des Parlamentarismus, wie wir ihn verstehen, diese Vorschläge aufzugreifen.

(Beifall von der SPD)

Der für uns zentrale Punkt ist schon angesprochen worden. Ich wiederhole ihn: Die Kommunen müssen unbedingt einen Platz unter diesem Rettungsschirm

finden. Sie leiden unter dem Verlust eigener Steuereinnahmen, und über das GFG leiden sie darunter, dass die Landessteuern zurückgehen werden. Sie haben einen Zuwachs an Aufgaben und damit auch an Ausgaben. Wir dürfen sie damit nicht alleine lassen. Wir dürfen all die Erfolge, die in den letzten Jahren in den Haushaltskonsolidierungen erzielt worden sind, nicht gefährden. Wir dürfen es nicht zulassen, dass die Menschen in den Städten durch Leistungskürzungen und erhöhte Steuern die Zeche der Krise zahlen.

Deswegen muss es unter diesem Rettungsschirm einen Platz für die Kommunen geben. Das ist genauso wichtig wie ein Rettungsschirm für das Land und seine Steuereinnahmen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ich hoffe, dass wir alle gemeinsam dies sicherstellen können.

Sie haben angekündigt, gleich über unsere Vorschläge diskutieren zu wollen. Wir begrüßen dies, und wir begrüßen einen Rettungsschirm. Diesen halten wir für notwendig, glauben aber, dass wir bei Berücksichtigung unserer Vorschläge mehr Menschen das Signal senden könnten, unter diesen Rettungsschirm zu kommen. Wir würden uns freuen, wenn Sie unsere Vorschläge dazu aufgreifen würden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Zimkeit. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen damit zu den Abstimmungen nach der ersten Lesung, und zwar erstens über die Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/8881. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, den **Gesetzentwurf Drucksache 17/8881** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** zu **überweisen**. Wer stimmt dem zu? – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Zweitens stimmen wir über die Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 17/8882 ab. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, den **Gesetzentwurf Drucksache 17/8882** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** zu **überweisen**. Gibt es dazu Gegenstimmen? – Nein. Gibt es dazu Enthaltungen? – Nein. Also sind alle dafür. Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, entsprechend der Vereinbarung aller Fraktionen unterbreche ich nun die Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Die Sitzung wird um 15:30 Uhr fortgesetzt.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:57 Uhr bis 15:32 Uhr)

**Präsident André Kuper:** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die unterbrochene Sitzung des Landtags wieder und rufe auf:

### 3 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Nachtragshaushaltsgesetz 2020 – NHHG 2020)

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/8881

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
– mündlicher Bericht des Vorsitzenden –

zweite Lesung

und

dritte Lesung

Änderungsantrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/8888

in Verbindung mit:

### Gesetz zur Errichtung eines Sondervermögens zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise (NRW-Rettungsschirmgesetz)

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/8882

Beschlussempfehlung und Bericht  
des Haushalts- und Finanzausschusses  
– mündlicher Bericht des Vorsitzenden –

zweite Lesung

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/8889

Zu einem kurzen mündlichen Bericht über die Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuss sowie zu den Beschlussempfehlungen des Ausschusses erteile ich dem Vorsitzenden, dem Abgeordneten Martin Börschel, das Wort. Bitte schön.

**Martin Börschel**<sup>1)</sup> (SPD): Vielen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich will – ich habe Ihre Mahnung verstanden, Herr Präsident – sehr kurz berichten. Ich bin ja sozusagen eine personalifizierte Coronafolge,

weil Sie üblicherweise die Berichte des Haushalts- und Finanzausschusses zur umfassenden Lektüre schriftlich zugesandt bekommen. Heute müssen wir das angesichts der Eilbedürftigkeit mündlich machen. Ich will versuchen, dem gerecht zu werden.

Wie es § 58 unserer Geschäftsordnung vorsieht, habe ich den kommunalen Spitzenverbänden im Rahmen eines Anhörungsverfahrens die Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben. Die kommunalen Spitzenverbände haben die Gelegenheit genutzt und uns eine Stellungnahme zu den beiden Gesetzentwürfen der Landesregierung übermittelt.

Ich habe mir in einem etwas unkonventionellen Verfahren die Freiheit genommen, ebenfalls einer Reihe von Sachverständigen, Institutionen und Verbänden die Gelegenheit zur Stellungnahme zu den Gesetzentwürfen zu geben. Dass angesichts der Kürze der Zeit – es standen weniger als 24 Stunden zur Beantwortung zur Verfügung – sehr viele – weit über 20 – der Angeschriebenen die Gelegenheit genutzt haben, ihre Sicht der Dinge zur aktuellen Situation und zu den Gesetzentwürfen darzulegen, zeigt die Besonderheit und die Dramatik der Situation für viele.

Alle Sachverständigen und Institutionen, die sich gemeldet haben, begrüßen ausdrücklich, dass das Land bzw. der Landtag die Einrichtung eines Rettungsschirms beschließen will. Alle Angeschriebenen wünschen eine schnelle Beschlussfassung und bitten den Landtag eindringlich darum. Insofern sind sie mit dem, was wir heute tun, sehr einverstanden.

Im Übrigen gab es sehr differenzierte Hinweise. Es würde zu weit führen, diese Hinweise der nicht formal Angehörten alle einzeln anzuführen.

Ich will allerdings den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtags herzlich dafür danken, dass sie es in sehr kurzer Zeit geschafft haben, dem Haushalts- und Finanzausschuss und dem Parlament insgesamt diese Stellungnahmen zur Verfügung zu stellen.

(Beifall von allen Fraktionen und der Regierungsbank)

Die kommunalen Spitzenverbände, die ich gerade schon ausdrücklich erwähnt habe, haben Wert darauf gelegt, in das weitere Verfahren, das eine unmittelbare Parlamentsbeteiligung im engeren Sinne nicht mehr vorsieht, auf angemessene Art und Weise eingebunden zu werden. Das gilt auch für die Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuss.

Als Ausschussvorsitzender des HFA kann ich das, was die parlamentarischen Beratungen angeht, zu sagen. Soweit es regierungsinterne Beratungen betrifft, muss die Regierung das ihrerseits tun. Nach dem, was wir soeben im HFA besprochen haben, gehe ich aber davon aus, dass das ohne Weiteres so passieren wird.

Ich habe schon angedeutet, dass es zu weit führen würde, auf alle Stellungnahmen im Einzelnen einzugehen. Ich bitte Sie allerdings alle sehr eindringlich, sich diese vielen Stellungnahmen, die in Teilen Hilferufen gleichen, bei den jetzt anstehenden Detailberatungen sehr intensiv zu Gemüte zu führen und sie zur Kenntnis zu nehmen. Ich bin sicher, dass sie eine Menge existenzieller Punkte enthalten, die uns für die weitere Befassung mit dem Rettungsschirm und dem Nachtragshaushalt wichtige Anregungen geben.

(Beifall von der SPD, Josef Hovenjürgen [CDU] und Monika Düker [GRÜNE])

Im Ausschuss selbst hat es Beratungen zu verschiedenen Änderungsanträgen gegeben, die ich hier der guten Ordnung und der Form halber kurz anführen muss.

Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/8885 zum Kapitel 20 020, Allgemeine Bewilligungen, wurde in einer Einzelabstimmung mit Mehrheit der Koalitionsfraktionen abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/8887 zum Tilgungszeitraum im Rahmen des Nachtragshaushalts wurde mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und Grünen mehrheitlich abgelehnt.

Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/8884, in dem es unter anderem um den Tilgungszeitraum und verschiedene Verfahrensfragen bezüglich der Zustimmung des Landtags oder des Haushalts- und Finanzausschusses geht, wurde mit Mehrheit der Koalitionsfraktionen abgelehnt.

Zum Rettungsschirmgesetz selbst hat es den Änderungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/8886 gegeben, in dem es unter anderem um Kompensationen für Steuermindereinnahmen und eine Zweckbestimmung für das Gesundheitssystem in Nordrhein-Westfalen geht. Auch dieser Antrag wurde mit Mehrheit der Koalitionsfraktionen abgelehnt.

Mir liegt aber sehr daran, ausdrücklich zu betonen, dass Beratung und Beschlussfassung insgesamt von dem gemeinsamen Willen getragen waren, in dieser beispiellosen Krise gemeinsam das Notwendige zu tun – und das schnell, unbürokratisch und wirksam.

Das führte dazu, dass der Haushalts- und Finanzausschuss den Nachtragshaushalt 2020 Drucksache 17/8881 für die zweite und die dritte Lesung ebenso einstimmig zur Annahme empfohlen hat wie das NRW-Rettungsschirmgesetz Drucksache 17/8882. Auch hier gibt es einen einstimmigen Beschluss des HFA, dem Plenum die Annahme zu empfehlen.

Eine Bemerkung sei mir zum Schluss noch erlaubt: Wir haben vorhin in der Debatte einvernehmlich festgehalten, dass wir es hier mit einer Bewährungs-

probe für die parlamentarische Demokratie zu tun haben. Allem, was der Landtag heute beschließen wird, folgen weitreichende Vollmachten für die Regierung. Wenn aber die parlamentarische Demokratie hier ihrer Bewährungsprobe gerecht werden soll, muss eine angemessene und zügige Beteiligung des Parlaments und seiner Ausschüsse sichergestellt sein.

(Beifall von allen Fraktionen)

In dieser besonderen Herausforderung für den Staat und seine Institutionen waren sich im Haushalts- und Finanzausschuss aber auch alle Fraktionen und die Regierung dahin gehend einig, sehr schnell zu einer belastbaren Vereinbarung kommen zu wollen. In welcher Art und Weise das geschehen könnte, werden wir im Rahmen einer ersten Überlegung der Obleute des HFA schon am kommenden Donnerstag, also übermorgen, erstmals besprechen. Vieles Weitere wird dann ohnehin mit dem Präsidenten, dem Landtagspräsidium und den Fraktionen insgesamt zu verabreden sein. Aber der Wille, hier gemeinsam das Notwendige und Richtige zu tun, stand immer im Vordergrund, auch im HFA. – Ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von allen Fraktionen)

**Präsident André Kuper:** Vielen Dank, Herr Kollege. – Eine weitere Aussprache ist in der zweiten Lesung nicht vorgesehen. Ich schließe daher die Beratung, und wir kommen unmittelbar zu den **Abstimmungen zum Gesetzentwurf Drucksache 17/8881 in der zweiten Lesung** von drei Lesungen.

Zunächst stimmen wir aber über den Änderungsantrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/8888 ab. Wer diesem Änderungsantrag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD. Wer ist dagegen? – SPD, Grüne, CDU und FDP. Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 17/8888 abgelehnt**.

Nun stimmen wir über den Gesetzentwurf Drucksache 17/8881 ab. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf Drucksache 17/8881 unverändert anzunehmen. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Gesetzentwurf selbst und nicht über die Beschlussempfehlung. Wer möchte hier zustimmen? – Das sind SPD, Grüne, CDU, FDP und AfD. Gibt es jemanden, der dagegen stimmt? – Gibt es jemanden, der sich enthält? – Dann darf ich feststellen, dass der **Gesetzentwurf Drucksache 17/8881** damit **in der zweiten Lesung einstimmig angenommen** worden ist.

Die Abstimmung über das NRW-Rettungsschirmgesetz Drucksache 17/8882 wird bis zum Abschluss der dritten Lesung des Nachtragshaushaltsgesetzes 2020 Drucksache 17/8881 zurückgestellt.

Damit kommen wir zur dritten Lesung des Nachtragshaushaltsgesetzes 2020. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, die vorgeschriebene dritte Lesung des Nachtragshaushaltsgesetzes 2020 nun unmittelbar

anschließend durchzuführen. Da eine Aussprache in dritter Lesung nicht vorgesehen ist, kommen wir unmittelbar zu den Abstimmungen.

Wir stimmen erstens über den Gesetzentwurf Drucksache 17/8881 in der dritten Lesung ab. Es gilt weiterhin die Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses, die dieser ausdrücklich zur zweiten und dritten Lesung abgegeben hat. Der Ausschuss empfiehlt uns, den Gesetzentwurf Drucksache 17/8881 unverändert anzunehmen. Wir kommen daher zur Abstimmung über den Gesetzentwurf in der Fassung nach der zweiten Lesung und nicht über die Beschlussempfehlung. Hierbei handelt es sich um die Schlussabstimmung gemäß § 78 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung.

Wer möchte hier zustimmen? – Das sind SPD, Grüne, CDU, FDP und AfD. Gibt es jemanden, der dagegen ist? – Möchte sich jemand enthalten? – Dann darf ich feststellen, dass der **Gesetzentwurf Drucksache 17/8881** damit **in dritter Lesung einstimmig angenommen** und **verabschiedet** worden ist.

Zweitens stimmen wir über den Gesetzentwurf Drucksache 17/8882 in zweiter Lesung ab. Wer für diesen Gesetzentwurf ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD, Grüne, CDU, FDP und AfD. Gibt es jemanden, der dagegen ist? – Gibt es jemanden, der sich enthält? – Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 17/8882 in zweiter Lesung einstimmig angenommen** und **verabschiedet** worden.

Wir müssen drittens über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/8889 abstimmen. Wer möchte diesem zustimmen? – Das sind SPD und Grüne. Wer ist dagegen? – Das sind CDU und FDP. Wer enthält sich? – Das ist die AfD. Damit ist der **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 17/8889 abgelehnt** worden.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der heutigen Sitzung angelangt.

Das Plenum berufe ich wieder ein für Mittwoch, 1. April 2020, 10 Uhr.

Ich wünsche Ihnen persönlich alles Gute. Bleiben Sie gesund!

Damit ist die Sitzung geschlossen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der SPD, der FDP, den GRÜNEN und der AfD)

**Schluss: 15:44 Uhr**

\*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 Gescho)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.